

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

280 (1.12.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschließlich 80 3/4 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abständen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25.—. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamestelle 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Kärntner in der preussischen Landesversammlung

Annahme der preussischen Verfassung

Berlin, 30. Nov. In der preussischen Landesversammlung kam es bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Entsendung der Kärntner im Rahmen der dritten Beratung der preussischen Verfassungsvorläge zu Kärntnern, wie sie in der von recht stürmischen Verhandlungen oftmals bewegten Landesversammlung völlig ohne Beispiel sind. Der deutsch-nationale Abg. Dr. Kaufmann griff in seinen Ausführungen vorerst die Sozialdemokraten an und rief dadurch wiederholt minutenlang Kärntner hervor. Als der Redner sagte, das Aufreten des Finanzministers Lüdemann mit seinen jungen Leuten im Redensausfluß sei unverständlich gewesen, erlöste von den Reichstagsmitgliedern und der ganzen Linken andauernd Schlußrufe, die 10 Minuten lang anhielten. Dabei wird von einem Unabhängigen nach dem Redner ein Papierballen geworfen. Eine Anzahl der Redner der Linken härmte auf die Rednertribüne mit der Absicht, den Redner zu entfernen. Abgeordnete der Rechten sammelten sich zum Schutze des Redners. Der Redner verlor die Besinnung und die Tribüne zu verlassen, wird aber von seinen Freunden immer wieder veranlaßt, sich an Rednerpult zu stellen. Vizepräsident Dr. Frenzel gibt unangenehme Zeichen. In dem wüsten Lärm, der im ganzen Hause herrscht, ist überhaupt kein Wort mehr verständlich. Nach etwa 15 Minuten schließt der Vizepräsident die Sitzung und beräumt auf 1/2 Stunde später eine neue Sitzung an. In der zweiten Sitzung teilte der Vizepräsident den Wortlaut der Verfassung des Abg. Kaufmann, die zu der großen Unruhe Veranlassung gab, nach dem Stenogramm mit. Er las dazu, er fände sie nicht geschmackvoll, sie habe aber keinen Anstoß zu einem Ordnungsruf. Ferner verurteilte er jetzt, welcher Abgeordnete den Papierballen geworfen hatte, jedoch ohne Erfolg. Der Abg. Adolf Hoffmann beantragte, den Papierballen dem Hauptkammermusem zu überweisen. Von unabhängiger Seite war übrigens während der Rede des Abg. Kaufmann, der mit dem Eisenring geschmückt erschien, ein solches aus Pappe angefertigt dargeboten worden. Nachdem der Abg. Kaufmann unter erneuertem Lärm der Linken zu Ende gesprochen hatte, glückte sich die Rede der Erregung der beiden Erklärungen der folgenden Redner. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt und die Abstimmung des ebenfalls schlagendsten wird weiter den Reichstagsmitgliedern überlassen. Vor der Schlußabstimmung über die Verfassung gibt Abg. Dr. Leibig (D. Wp.) folgende Erklärung ab im Namen seiner Partei: Wir erkennen an, daß die Landesversammlung in ihren Beschlüssen vielfach durch die Reichsverfassung gebunden war, die insbesondere auch die republikanische Staatsform festlegt. Unseren Idealen entspricht die Verfassung nicht. Der neu geschaffene Staatsrat ist jedoch geeignet, die schrankenlose Mehrheitsmacht des Einkammer Systems einzudämmen. Wir werden daher für die Verfassung stimmen. Abg. Adolf Hoffmann (Links-U.S.P.) erklärt, der Staatsrat ist ein ungeheuerlicher Volksbetrug. Wir stimmen gegen die Verfassung. Abg. von Dannenberg (Deutsch-Demokrater): Wir sind stolz darauf, Hannoveraner zu sein und werden auch weiter erben. Hannover zum selbständigen Gebiet im Rahmen des deutschen Reichs zu machen. Wir lehnen es deshalb ab, uns an der Schlußabstimmung über die Verfassung zu beteiligen. Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme der Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (Leb. Beifall.) Präsident Leinert stellt fest: Mit diesem Beschluß hat die Landesversammlung ihr Mandat erfüllt. Ich hoffe, daß er dem gesamten preussischen Volke zum Segen gereichen wird. (Lebhafter Beifall.)

Verhaftung des Abgeordneten Hermann Kemmele

München, 30. Nov. Der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmele aus Stuttgart wurde in vergangener Nacht in einem Münchener Hotel verhaftet, weil er in einer Versammlung der Linken unabhängigen zum Klassenkampf aufgerufen haben soll.

Dieser neueste Streich der bayerischen Kahr-Regierung jedoch zum stärksten Protest heraus. Es ist notwendig, derselben eindringlich zu Gemüte zu führen, daß mit den alten Argumenten gegen das kämpfende Proletariat nicht mehr manöviert werden kann. Wie der „Bismarck“ erfährt, hat sofort nach Empfang der Nachricht Reichstagspräsident Löbe sich an den Reichsminister und an die zuständigen Behörden gewandt, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Haftentlassung zu erwirken. Bis das Wort weiter mitteilt, dürfte bereits heute im Reichstag ein schleuniger Antrag auf Aufhebung der Haft zur Verhandlung gelangen.

Hermann Kemmele, der Bruder des bayerischen Ministers des Innern, Adam Kemmele, stand von jeher auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie und war in den ersten Monaten nach der Revolution Redakteur der „Arbeit“ des Mannheimer Organs der Unabhängigen. Er war dann auch Mitglied des Reichsrates und spielte bei den feineren Unruhen in Mannheim eine Rolle. Schon seit geraumer Zeit suchte er außerhalb Badens seinen Wirkungsbereich.

Die Völkerbundsversammlung in Genf

Genf, 30. Nov. Nach achtstündiger Unterbrechung hielt heute vormittag die Völkerbundsversammlung wieder eine Sessung ab, zu deren Beginn Dismans das Bedauern der Versammlung ausdrückte darüber, daß Tittoni aus Gesundheitsrücksichten nach Italien zurückkehren müsse. Da die polnisch-russische Frage infolge der Verhinderung Barnes auf Freitag verschoben wurde, begann die Versammlung mit der

Beratung des Geschäftsreglements. Dabei berichtete Ferrari über die Arbeiten der Kommission. Er betonte, daß die Bestimmungen des Reglements auf dem Grundsatze beruhen, daß die Mitglieder des Völkerbundes die Grundlagen der ganzen Völkerbundsorganisation bilden, und daß die Versammlung die souveräne Macht des Völkerbundes darstelle, die jedoch teilweise unterbrochen würde, und endlich, daß der Völkerbundsrat die ständige Macht darstelle, dessen ausführende, ständige Organisation das Generalsekretariat bildet. Wenn einmal die Versammlung zurücktritt, geht die volle souveräne Macht an ihn über. Sie versammelt sich jedes Jahr einmal am ersten Montag im September. Während der Zeit, in der die Versammlung nicht tagt, übt der Völkerbundsrat ihre Funktionen aus und hat insbesondere die Ausführungen ihrer Beschlüsse anzuordnen. Der Rat behält sich das Recht vor, durch eines seiner Mitglieder jederzeit in die Debatte der Versammlung einzugreifen und Aufforderungen zu geben. Das Generalsekretariat hat als Exekutivorgan die Befehle der Mitglieder des Völkerbundes über die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung einzuholen.

Ein neuer Krieg mit Polen?

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Warschau, daß die roten Kräfte auf den Linien Warschau-Smolensk-Orscha, Warschau-Smolensk-Mohilew, Warschau-Smolensk-Konstantinowka, in der Nähe von Smolensk befinden sich bereits 8 Divisionen, zwischen Witebsk und Orscha 4, zwischen Orscha und Mohilew 3. Diese 15 Divisionen erhalten täglich Verstärkungen. Die Presse macht darauf aufmerksam, daß zur Verfassung der Armee Paladomitsch, die im besten Falle aus 20.000 Mann bestehen, die versammelten roten Truppenkontingente zu groß sind. Man rechnet sehr ernst mit der Möglichkeit eines neuen Krieges zwischen Polen und Rußland.

Das neue heftige Wahlgesetz

Darmstadt, 30. Nov. Dem Landtag ist der Entwurf des Landtagswahlgesetzes zugegangen. Die Zahl von 70 Abgeordneten, die nach der Verhältnismäßigkeit auf drei Jahre zu wählen sind, muß nach der Verfassung beibehalten werden. In dem Entwurf der streng gebundenen Listen ist festgehalten, daß die Verbindung von Wahlvorschlägen nicht zulässig ist. Wahlberechtigt ist jeder Reichsangehörige, der 20 Jahre alt ist und in Hessen wohnt, wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der 25 Jahre alt ist. Das Land wird in Wahlbezirke eingeteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Nach dem Vornahme des Reichswahlgesetzes werden auch Wahlkreise eingeführt.

Tschechischer Sozialistenkongress

Prag, 30. Nov. Von dem Sozialistenkongress der Tschechoslowakei wurde eine Reihe von Entschliessungen angenommen, darunter die betreffend den Anschluß an die zweite Internationale, den Grundsatze der Sozialisierung ohne Verfall, der Trennung von Staat und Kirche und der Sozialisierung des Schulwesens. Abg. Habermann beantragte, der Kongress möge eine Kundgebung beschließen, wonach er es nicht zulasse, daß 7000 tschechische Kinder in Wien zum Schulbesuch ausgeschlossen sind.

Prag, 30. Nov. Auf dem Kongress der Tschechischen Sozialdemokratie berichtete die kürzlich aus Sowjetrußland zurückgekehrte Kommission. Sie erklärte, daß Rußland sich in vollster Zerrüttung befinde. Die Industrie sei in vollständigem Verfall. In Moskau seien von 1 Million Einwohner 400.000 bolschewistische Staatsangehörige. Dabei könne von einer Sozialisierung keine Rede sein, da die Betriebsräte nur formell bestehen und die Arbeiterkraft nicht einmal vor den Willkürherrschaften der Sowjetbeamten schützen können. Während des Krieges und des bolschewistischen Regimes seien 40 Proz. der russischen Bevölkerung gestorben. Später hielt der belgische Arbeiter Hermann eine Rede gegen den Bolschewismus, mit dem das Weltproletariat endlich einmal abrechnen müsse. Die Bolschewisten hätten immer geschrien, die zweite Internationale sei konterrev. Jetzt müsse ruhig festgestellt werden, die zweite Internationale lebt und arbeitet, aber der Bolschewismus liege vor seinem Untergang.

Kanonenfutter für die Fremdenlegion?

Paris, 30. Nov. Wie der „Petit Parisien“ meldet, gehen von Marseille zwei große Dampfer nach Konstantinopel ab, um dort zwei Detachements der Armee Brangels und einen Teil der Zivilflüchtlinge aus der Kreim zu holen, die vorläufig in Tunis und Algier untergebracht werden sollen.

Interallierter Kongress der Frontkämpfer

Paris, 30. Nov. Gestern fand ein interallierter Kongress der Frontkämpfer statt, auf dem Amerika, England, Frankreich, Italien, Belgien, Rumänien und Serbien sowie die Niederlande vertreten waren. Der Kongress legte einen Ausschluß ein, der prüfen soll, wie man die Mißbräuche beseitigen könne, um zum wahren Frieden zu gelangen.

Nachaktion der Einsteiner

London, 30. Nov. Seit Sonntag morgen sind in sehr betrübendem Maße als Repressalien in Nord Brandstiftungen vorgenommen worden. Es sind bereits 6 Geschäftshäuser in Brand gesteckt worden. Der Schaden wird auf über 200.000 Pfund Sterling geschätzt.

London, 30. Nov. Die beiden Häuser des Parlaments wurden wegen der drohenden Gefahr der Einsteiner für das Publikum geschlossen. Die Bewachung der wichtigsten Gebäude ist verstärkt worden. Die Nachaktion der Einsteiner schloß das Wiederbrennen der hiesigen Wohnhäuser für die irischen Tempeln ein.

Die Kriegskosten Amerikas

Washington, 30. Nov. Nach einer Meldung aus Washington hat der Staatssekretär des Krieges, Baker, die Kriegsausgaben Amerikas auf 15 784 Millionen Dollar angegeben.

Die kommunistischen Parlamentarier

Ueber die Stellungnahme der deutschen Kommunisten zum Parlamentarismus ließe sich ein dickes und stellenweise sehr lustiges Buch schreiben. In ihrer ersten Periode glaubt die K.P.D., daß zu einem frammen Radikalismus die Enthaltung von allen Wahlen und die Ablehnung jeder Tätigkeit im Parlament unbedingt gehören. Auf dem ersten Kongress der K.P.D., der im Dezember 1918 in Berlin stattfand, wurde denn auch trotz des eindringlichen Widerstands von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beantragt, an den Wahlen zur Nationalversammlung keinesfalls teilzunehmen.

Aber das Bild änderte sich bald. Von Moskau aus wurden die deutschen Kommunisten belehrt, daß sie den feherischen Lehren verfallen seien. Böblich haben sich die deutschen Kommunisten unterworfen. Ohne Besinnen erklärten sie sofort für richtig, was sie gestern für falsch erklärt hatten, nämlich, daß man sich an den Wahlen beteiligen müsse. Eine Anzahl schwerfälliger Gesellen, die nicht so behände unlernen konnten, wurde schleunigst zum Tempel herausgeworfen und gründete die K.M.P.D.

Die K.P.D. aber stand auf dem Boden des Parlamentarismus. Aber nun mußte sie natürlich beweisen, daß ihr Parlamentarismus ganz etwas anderes sei als der verruchte und verrottete Parlamentarismus der Bürgerlichen, der Sozialdemokraten und selbst der Unabhängigen. Zu diesem Zweck hatte man sich aus der großen Moskauer Programmfabrik eine Anzahl Leitfäden zum Parlamentarismus bestellt, die dem Beweis des Satzes dienen, daß es nicht das gleiche sei, wenn zwei das gleiche tun. Die Leitfäden betagten, daß der Parlamentarismus der Kommunisten etwas ganz Unerhörtes, Revolutionäres, noch nicht Dagewesenes sei. Die Kommunisten gingen nur ins Parlament, um dort die Revolution vorzubereiten. Sie wollten nur von der Rednertribüne die Massen aufpeitschen und auf ständige Konflikte im Parlament hinarbeiten. Im gegebenen Moment würden die kommunistischen Abgeordneten aus dem Parlament austreten, beziehungsweise ihren Ausschluß durch die anderen provozieren, und das sollte dann das Signal für die Massen zum Losschlagen sein. Dagegen lehnte man es ab, im Parlament positive praktische Arbeit zu leisten und den unholten Versuch zu machen, aus dieser verrotteten Institution für die Arbeiterklasse Vorteile und günstige Gelebe herauszuschlagen. Solche Missionen überlasse man den Sozialdemokraten und Unabhängigen.

Für einen unentwegten Radikolen waren diese Leitfäden sicher herrlich zu lesen. Nur daß das Moskauer Regent auf die deutschen Verhältnisse wie die Faust aufs Auge. Künftig in Thüringen und jetzt in Sachsen durch die aus dem Wahlschiff geborene Situation vor die Frage gestellt, ob sie wirklich mit dieser Radikal- und Konfliktpolitik ernst machen wollen, haben die Kommunisten sofort geflucht und es zeigt sich, daß ihr Parlamentarismus keineswegs etwas außerordentlich Besonderes ist, sondern ein ganz gewöhnlicher Parlamentarismus wie jeder andere. Es geht mit ihm wie mit dem Hund des ligurischen Bauernbüchsen, der erst so groß sein soll, wie ein Pferd und ein Löwe; aber als es heißt: „Fris, Fris, die Brücke kommt!“ da gesteht der Lügenbold, daß auch sein Hund nur so groß ist, wie alle Hunde sind.

Nach für die sächsischen Alt- und Neukommunisten am Fris Gener hat es jetzt gegeben: „Fris, die Brücke kommt!“ Die gefährliche Brücke für die Fris Gener und Genossen bildet der Ausfall der sächsischen Wahlen. 47 Bürgerlichen stehen 49 Arbeitervertreter gegenüber, von denen aber drei Neukommunisten und 6 Altkommunisten sind. Eine rein sozialistische Regierung wäre also nur denkbar, wenn diese äußersten Linken mitmachen oder zum mindesten wohlwollende Neutralität garantieren. Nach ihren Grundsatzen wäre das eine wie das andere undenkbar. Denn in Gemäßheit dieses Programms dürfen die Kommunisten nur in das Parlament gehen, um von dort aus die Massen aufzupeitschen und ständige Konflikte zu provozieren. Aber, siehe da! Alt- und Neukommunisten befinden sich plötzlich, daß sie auch anders können. Sie sagen, wenn auch unter allerhand ipigen Bemerkungen, einer sozialdemokratischen unabhängigen Regierung wohlwollende Neutralität zu, falls sie gewisse, nicht einmal sehr hoch bemessene Forderungen bewilligt. Ausdrücklich schreibt in offizieller Erklärung die „Rote Fahne“:

„Wenn die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen werden für... (folgen die einzelnen Forderungen), so werden wir Kommunisten in der Durchführung dieser Maßnahme als parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.“

Ein glatter Bruch mit dem Programm! Denn nach diesem dürften Kommunisten im Parlament nur auf Konflikte hinarbeiten, aber nicht einmal sich ruhig verhalten, geschweige denn, daß sie eine Reaktionsparlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen dürfen.

Woher kommt nun aber diese seltsame Prinzipienlosigkeit? Eine Prinzipienlosigkeit, die übrigens in Thüringen nun dadurch erweitert wurde, daß dort die Kommunisten

„Ganz einer Regierung „wohlwollende Unterstützung“ versprochen, in der außer den beiden politischen Parteien auch noch die feigen, egoistischen Demofanen sitzen! Bei die Gegner und Genossen ganz genau wissen, daß die ganze Arbeiterklasse sie als Verräter und Sitten des Reichs betrachten würde, wenn sie das Zustandekommen einer Arbeiterregierung unmöglich machten. Weil sie vor dem Joch der Arbeiter Angst haben, geben die Kommunisten ihre Grundzüge über Parlamentarismus praktisch auf. Damit aber zeigt sich, daß eine strikte und konsequente Einhaltung des kommunistischen Programms direkt zum Verrat an der Arbeiterklasse führt. In einem Verrat, der so offensichtlich und haarsträubend wäre, daß Alt- und Neukommunisten ihr eigenes Programm nicht innehalten können. Die bittere Notwendigkeit zwingt sie, trotz aller hohlen Redensarten sich zum praktischen Parlamentarismus, d. h. zur Demokratie zu bekennen.

Bedenkliche Lage der Ernährungswirtschaft
Zusammenbruch der Getreideversorgung

Wie ein Wolff-Telegramm gestern meldete, fanden in Berlin Beratungen wegen des Ernstes unserer Ernährungswirtschaft statt. Der Schwinkel, daß eine Erhöhung der Produktion in Aussicht stünde, wird in den Abendblättern aufgegeben. Die entsetzliche Wahrheit über die Zustände, in die uns das gegenwärtige System immer tiefer und rettungsloser hineinzieht, wird jetzt enthüllt. Die Ablieferung von Getreide hat praktisch aufgehört. An Stelle des Bedarfs von zwei Millionen Tonnen ausländischen Getreides wird jetzt ein Bedarf von drei Millionen Tonnen errechnet. Wie viele Milliarden diese Kosten werden, hängt von dem schwankenden Kurse ab. Uebermäßig werden es mindestens 25 Milliarden sein, von denen 15 Milliarden ungedeckt von der Reichskasse als Zuschuß zu tragen sein werden. Die schönen Kräfte, die auf Bitten des Dr. Hermes alle agrarischen Organisationen auf Ablieferung von Brotgetreide erlassen haben, sind gänzlich wirkungslos geblieben. Nachdem der Mohr Hermes seine Schuldigkeit getan hat, die Zwangswirtschaft unüberwindlich zu zerrütten, lassen die Bauern diesen Mohr jetzt gehen: sie halten mit dem Getreide zurück, wie mit den Waffen.

Woher das arme deutsche Volk die Mittel zum Einkauf der drei Millionen Auslandsgetreide nehmen soll, wissen nur die Götter und besonders Gott Hermes; der Finanzminister Wirth weiß es ganz gewiß nicht. Dabei ist es mit den 15 Milliarden Reichszuschuß allein für Brotgetreide nicht getan. Außerdem soll der Reis, den man für die freie Wirtschaft freigeben hat, durch Staatsmittel auf etwa die Hälfte des Preises verbilligt werden, damit die Bauern nicht weiter wie bisher nahezu alles Brotgetreide verfuhrern. Auch wird der Plan erwogen, das Auslandsgetreide völlig frei zu geben, da die Erfassung ja doch nicht mehr gelingt.

Mit alledem ist der Bankrott der Reste der Zwangswirtschaft, aber auch zugleich der Bankrott der freien Wirtschaft vollzogen. Die Kartoffeln kosten jetzt in Berlin 1.40 bis 1.20 M das Kilo und der Preis des Brotes wird binnen wenigen Monaten mindestens auf das Dreifache der heutigen Höhe steigen. Natürlich geht unter diesen Umständen die deutsche Wirtschaft neuen, schwersten Erschütterungen entgegen und die Not wird mit elementarer Wucht die Arbeiterklasse in neue Streiks hineinwringen.

Nach der furchtbaren Umwälzung der Revolution ist es der Sozialdemokratie in einer sehr mühevollen und aufopfernden Arbeit gelungen, das Wirtschaftsleben wieder einigermaßen zu beruhigen und zu ordnen. Damit war der Anfang des Wiederaufbaues gemacht. Alles das wird durch die gegenwärtige Ernährungspolitik zerschlagen. Man frage den Reichsarbeitsminister, man frage den Reichsfinanzminister, beides Zentrumskräfte, wie sie der entsetzlichen Katastrophe gegenübersehen, die Deutschland bedroht; in den Großstädten teure, meist erdorene Kartoffeln und ein ernster Mangel an Brotgetreide. Wahrscheinlich kommen schon jetzt alle Rettungsmassnahmen zu spät. Die Ernährungslage sieht trostlos aus.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff
(Fortsetzung.)

Nicht so frühlicher Art waren die Nachrichten, die ihm Georg mitteilte, als er mit ihm und Marien die Treppe heraufstiegen. „Der Herzog“, hatte ihm jener zugeflüstert, „der Herzog ist nicht so, wie er sollte; Gott weiß, was er mit seinem Lande machen will; er hat unterwegs sonderbare Reden fallen lassen, und ich fürchte, er ist nicht in den besten Genden.“ — Der Kanzler Ambrosius Volland — dieser einzige Name reichte hin, in dem Mitleid von Lichtenstein große Besorgnisse aufzuregen. Er dachte diesen Volland, er wußte, daß er zwar gelehrt, in allen Regierungsgeschäften überaus wohl erfahren, zu jedem, auch dem schwersten Dienst bereit, aber dabei ein Mann sei, der zum wenigsten schon öfter ein gewagtes, wo nicht falsches Spiel gespielt habe.

„Wenn der Herzog diesem sein Vertrauen schenkt, wenn er nur seine Ratsschlüsse befolgt, dann sei Gott gnädig. Dem Ambrosius ist das Land ein Stück Leder, das man nach Willkür handhaben kann, er wird es zurechtstutzen wollen zu einem Stöcker für den Herzog, und die Abschnabel für sich behalten. Aber, wie Frau Kiesel zu jenen pflegt: „Zerschneiden kann jeder Karr, aber wie zusammennähen?“ So sprach der alte Herr von Lichtenstein zu sich, als er durch die Gassen ging; er freischelte unmutig seinen langen, weißen Bart, und seine Augen glühten von Eifer für die gute Sache Württembergs.

Er wurde sogleich vorgelesen und traf den Herzog in großer Beratung mit Ambrosius. Der letztere hatte eine unerhörte Schwanesfeder in der einen Hand, in der anderen hielt er ein Pergament, das mit schwarzer, roter und blauer Tinte in vielen zierlichen Schriften beschriftet war. Der Herzog spielte mit einem großen Signil, das er in der Hand hielt, er schien mit sich zu kämpfen, er sah bald seinen Kanzler durchdringend an, bald bestete sich sein Blick wieder auf das Signil. Sie waren beide so vertieft, daß Lichtenstein einige Minuten im Zimmer stand, ohne von ihnen bemerkt zu werden; er betrachtete mit großer Teilnahme die edlen Züge Ulrichs von Württemberg. Er sah, wie auf seiner Stirne, in seinen sprechenden Augen so verschiedene Empfindungen wechselten. Bald umgelte sich seine Stirne, seine Augenbrauen zuckten, sein Auge rollte, dann glätteten sich diese Falten, aus seinen Widen strahlte nur ein tiefer Ernst, der in Nachdenken überging, und

Die lange noch wird der Reichstag sich mit schönen Worten über die Lasten hinwegtäuschen lassen, daß alle Maßregeln, die auf dem Gebiete der Ernährung seit den Kapp-Tagen ergriffen worden sind, verfehlt sind? Das Volk wird es wohl schon längst erkannt haben, daß es durch die sozialistischeren bürgerliche Regierung nur tiefer ins Elend hineingeritten wurde.

Keine Militärpässe mehr!

Infolge der restlosen Auflösung des alten Heeres und der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hat auch der Militärpaß als Ausweis für seine frühere Bedeutung verloren. Trotzdem wird er von zahlreichen Arbeitgebern als Nachweis vorzugsweise während der Militärdienstzeit verlangt. Eine der umfangreichsten Arbeiten der bisherigen Abwicklungsstellen hat darin bestanden, 7000000 Militärpässe auf Verlangen auszustellen. Ungefähr 4000000 liegen noch unentgeltlich bei den Abwicklungsstellen. Da auf Drängen der Verbände die Korpsabwicklungsämter mit dem Ende des Jahres vorseitig aufgelöst werden, hat schon jetzt das Ausstellen der Militärpässe endgültig beendet werden müssen. Die noch anverbleibenden Gesuche können nicht beantwortet, noch irgend ein Bescheid erteilt werden. Die ehemaligen Heeresangehörigen werden daher ersucht, von einer Anforderung ihrer Militärpässe Abstand zu nehmen. Auch ist es zwecklos, sich zur Ausbändigung eines Passes an eine Versorgungsbehörde zu wenden. Um weitestens die Nachteile für Bewerber von Beamtenstellen und Angestellten zu beseitigen, hat das Reichsministerium in einer Geschäftsverteilung einen Ratsbescheid gefaßt, nach dem die Versorgungsbehörden in Zukunft die Vorlage des Militärpasses nicht mehr verlangen sollen. Das Reichsfinanzministerium, als oberste Behörde des Abwicklungsverfahrens, soll auf die Staats- und Gemeindeführer in diesem Sinne einwirken. Auch ist die gesamte Privatindustrie gebeten worden, hierin dem Beispiel der Staats- und Gemeindeführer, zur Förderung einer reibungslosen und schnelleren Unterbringung von Arbeitnehmern, zu folgen und Funktion von der Vorlage eines Militärpasses bei der Einstellung von Arbeitnehmern abzugeben.

Wilky jr. will pirschen und puscheln

Der deutsche Kronprinz ist nicht allein von Schiebergefühlen befallen, sondern auch monarchistische Puschgefühle bewegen ihn. Schieberfuriere nach Deutschland zu entsenden, die in Briefform seine Gefühle weiterverbreiten. Bereits vor wenigen Tagen machte die Berliner „Freiheit“ auf den schriftlichen Wunsch des Kronprinzen, daß in Deutschland eine monarchistische Gegenbewegung ausbrechen und besonders in Bayern bald die Monarchie wieder hergestellt werden möge, aufmerksam. Im holländischen Parlament benutzte ein Abgeordneter diese Entwürfe zu einer Anfrage an die Regierung, die jetzt den Todbestand der „Freiheit“ als bar jeder Grundlos bezeichnet, so daß sie keinerlei Kronanerkennung habe, irgend eine Kontrolle über den deutschen Kronprinzen ausüben. Unter dem besonderen Hinweis, daß der holländische Minister Kuns schlecht unterrichtet sei, fügt sich die „Freiheit“ nochmals zu der ansdrücklichen Betonung voran, daß ihre Behauptungen echt sind. Das Blatt schreibt dann weiter:

Der Kronprinz hat in einem der letzten Briefe den Wunsch geäußert, recht bald nach Deutschland zurückkehren zu können. Es gefalle ihm, so drückte er sich aus, nicht mehr in dem ähnen Lande mit seinen Kissen und den Wohnzimmern mit den Arbeiterinnen. Er sehne sich nach Gehirngelust und nach Gemütsruhe, und da sei es notwendig, daß in Bayern die monarchistische Bewegung immer mehr anwähle, und daß es hoffentlich nicht mehr lange dauern werde, bis sein Vetter Kupprecht die Thron besitzeln könne.

Die Redaktion der „Freiheit“ übernimmt für diese Behauptungen nach jeder Seite die volle Verantwortung. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, diese Gesetze des Kronprinzen auch nur anzuzweifeln im Geringsten, nach all den Mittelungen, die erst in den jüngsten Tagen von uns unterrichtet Seite einfließen. Hinzu wie nur eine Bestätigung der Tatsachen zum Ausdruck bringen. Der Arbeiterschaft kann nicht eindringlich genug gesagt werden: Seid auf der Hut!

Gute Geschäfte in der Kohlen- und in der Montanindustrie

Die „Sarotti“-Schmelz- und Kalziumindustrie A.G. in Berlin schlägt für das obelastene Geschäftsjahr folgende Gewinnverteilung vor: 20 Proz. Dividende, den Angehörigen und

oft schien ein Anflug von Güte den strengen Ausdruck seiner Züge zu mildern. Aber der im gelben Mantelein, mit der Schwanesfeder in der Hand, stand wie der Versuch vor ihm! Er wand und drehte sich vor ihm, wie eine Schlange im Paradies, und das ewig liehende Räubeln, der Ausdruck von Ehrlichkeit, den er seinen grünen Augen in zu geben wußte, wenn ihm sein Herr schwarz ansah, sollten einladen, den Apfel anzugreifen. „Ich kann nicht begreifen“, sprach er mit heiserer, feiner Stimme, „warum nicht tun möget. Hat wohl Kaiser so lange gedauert, als er nicht den Ambrosius ging? Ein großer Mann hat große Mittel nötig, und die Mittel und die Macht wird auch euch helfen, daß ihr diese Fesseln von Euch geworfen.“

„Weißt du dies so gewiß, Ambrosius Volland?“ entgegnete der Herzog, indem er ihn duster ansah. „Man wird sagen: Herzog Ulrich war ein Tyrann. Er hat die alte Ordnung umgestoßen, die seinen Vätern heilig war, er hat den Vertrag, den er selbst aufzeichnete, gebrochen, er hat sein Land wie ein fremdes behandelt, er hat die Gesetze nicht gehalten, die —“

„Erlaubt“, unterbrach ihn jener „es kommt nur allein auf die Frage an: Wer ist Herr? Der Herzog oder das Land? Wenn das Land Herr ist, dann ist etwas anderes. Dann freilich sind allerlei Pakten, Verträge, Klauseln und dergleichen nötig. Die Mittelkraft, die Verträge und die Landtschaft sind dann Meister und Herr der Duldung — nun, sind dann der, welcher den Namen dazu herbeibringt. Seid ihr aber, was man so eigentlich Herr nennt, dann seid ihr es auch, der Gesetze gibt. Jetzt habt ihr das Heft in der Hand; jetzt soll seid ihr Herr und Meister. Drum fort mit dem alten Recht, hier ist ein neues — da, nehmt in Gottes Namen die Feder, unterzeichnet!“

Der Herzog stand noch eine Weile anstößig, seine Wangen glühten, seine ganze Gestalt richtete sich höher auf, aber sein Auge blickte noch am Boden. Jetzt schlug er es auf, und es blitzte vom Gefühl seiner Würde. „Ich heiße Württemberg“, sagte er. „Ich bin das Land und das Gesetz — ich unterbreite.“ Er streckte die Rechte aus, die Schwanesfeder aus der Hand seines Kanzlers zu empfangen, aber mit sanfter Gewalt wurde sein Arm von einer fremden Hand ergriffen und weggezogen. Erkant sah er sich um und blühte in die ruhigen, aber ernstigen Züge des Ritters von Lichtenstein.

„Da! Willkommen!“ rief er, „mein getreuer Lichtenstein. Sogleich steh ich Euch Rede, laßt mich nur zuvor dies Pergament unterzeichnen.“

Arbeitern eine Gratifikation und außerdem in der Höhe dieser Gratifikation eine Sonderauschüttung von 20 Proz. an die Aktionäre. Insgesamt werden demnach 60 Prozent gegen 20 Prozent i. B. ausgeschüttet.

Die Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke von der Ruhr und Westfälischer Eisenhütten A.G. in Köln-Deutz setzte die Dividende auf 30 Prozent fest. Bei Verteilung der diesjährigen Dividende, so heißt es, müsse berücksichtigt werden, daß sie angesichts der großen Wertminderung keineswegs besonders hoch sei (11), auch nicht im Hinblick auf die beträchtlichen Gewinne und die Zuwendungen an Arbeiter und Angestellte.

Deutscher Reichstag

Nach Erledigung kleiner Anfragen erfolgt die Abstimmung über den Antrag des Abg. Matschahn (U.S.) auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. November

Aus Anlaß des Berliner Elektrizitätsstreits. In Verbindung damit beantragen die Abg. Schiffer und Gen., daß die Aufhebung von der Einbringung einer Schlichtungsordnung abhängig zu machen sei. Außerdem steht ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Verordnung zur Abstimmung, dazu ein Zusatzantrag Hert und Gen., der die Aufrechterhaltung der Ausnahmeverordnung bis zum Erlaß eines Schlichtungsgesetzes verlangt.

Der Zusatzantrag Schiffer und der Antrag Matschahn werden angenommen, dagegen der sozialdemokratische und der Antrag Hert abgelehnt. Unter allgemeiner Beifriede zieht hierauf der Abg. Matschahn seinen Antrag zurück. Abg. Schiffer nimmt den Antrag Matschahn wieder auf. Die nochmalige Abstimmung erweist sich zweifelhaft, so daß dem Antrag Matschahn nicht zugehört wird. Es ergibt sich die Annahme des Antrages Matschahn-Schiffer mit 174 gegen 143 Stimmen. (Stürmische Heiterkeit.) Es folgt die

Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Dr. Sugo (D. V.): Hätte die Sozialdemokratie bei der Revolution ein festes Wirtschaftsprogramm gehabt, so wäre man vielleicht in der Lage gewesen, unierem Wirtschaftsleben eine feste Gestalt zu geben. Hier hat die Sozialdemokratie versagt. Wir brauchen ein festes Wirtschaftsprogramm. Kein Staat darf seine Wirtschaft bevorzugen, am allerwenigsten durch seine Organe, zumal der Apparat der Reichskontrolle zu schwerfällig arbeitet. Das wird man auch bei der eventuellen Sozialisierung erfahren. Daß der Staat selbst als Unternehmer nichts leistet, sehen wir im Braunkohlenmonopol, das trotz des tiefen Preises von 82 M für das Liter mit Fertig gearbeitet. Das Problem der Sozialisierung ist so groß, daß wir es nicht im Handumdrehen lösen können. Die bisherigen Versuche sind nicht erfolgreich gewesen und ermutigen nicht zur Fortsetzung. (Beifall.)

Abg. Jaeger (U.S.P. rechts): Unser Wirtschaftsleben steht im Zeichen des Verfalls. Die Behauptung des Ministers von den Kohlenüberflüssen in Frankreich ist nicht richtig. Wir protestieren dagegen, daß von ministerieller Seite solche tendenziöse Behauptungen in die Welt gesetzt werden. Während der Minister ein freiwilliges Dienstjahr verlangt, stehen Millionen von Arbeitslosen herum. Das kennzeichnet die tiefe Luft zwischen den bestehenden Klassen und dem Proletariat. Für das hunderttausend Mann Reichsheer sind die Mittel nicht aufzubringen, aber der Selbstkonsum ist von 600000 Rissen im Frieden auf 9 Millionen jetzt gestiegen. Tuberkulose- und Stindermassensterben, das sind die Folgen des Kapitalismus, der jetzt seine Herrschaft wieder aufzurichten will. Der Herr Wirtschaftsminister hat nichts zu sagen. Er würgelt eben fort, wie alle bürgerlichen Minister. Deswegen muß immer wieder betont werden, daß die Heferrische und Volkstüm ebenso wie die Hindenburg und Ludendorff die Schuld daran tragen. Die Arbeiter werden es nicht verzeihen. (Zuruf: Amortieren!) Die Regierung hätte mehrfach Gelegenheit gehabt, dem Wirtschaftslernen auf die Beine zu helfen, aber sie hat alle Gelegenheiten verpaßt.

An eine Veränderung der Verhältnisse sei nicht zu denken. Die Art muß an die Wurzel des Kapitalismus gelegt werden. Zunächst gilt es im Staatshaushalt Ordnung zu schaffen. Wenn aber neuerdings eine große Konzernbewegung einsetzt, so handelt es sich um nichts anderes, als die bürgerliche Regierung setzt in die Hand zu bekommen. Nehmer schneidet das Hochkommer des Herrn Stinnes. Dieser sucht seine Zukunft bei der Deutschen Volkspartei, ebenso auch bei der Arbeiterschaft. Die Revolution schadet ihm nichts. Sein Nachbeter nachfolgt. Hunderte von Zeitungen gehören ihm. Wird sein Plan der Wirtschaftspolitik zur Lachade, so werden sich noch viele Ministerdare hinzugesellen. Und diesen paar Menschen steht ein Proletariat von 60 Millionen gegenüber. Auch wir wollen die Sozialisierung Schritt für Schritt. Der Kohlenabbau muß den Anfang machen. Das Proletariat führt die Kraft zum Siege in sich.

Abg. Reinath (Dem.): Die Wirtschaftslage ist ernst. Uns fehlt die Schwundkraft. Der Verfall der Vertrag läßt uns

„Erlauben Eure Durchlaucht“, sagte der alte Mann. „Ihr habt mir eine Stimmung zugesagt in Eurem Rat, darf ich nicht auch wissen um die erste Verordnung, die Ihr an Euer Land ergehen laßt?“

„Mit Eurer hochbedenkt Erlaubnis“, fiel Ambrosius Volland hastig ein, „das Ding hat Güte; die Bürgerchaft von Stuttgart versammelt sich schon auf der Reise. Die Schrift muß ihr vorgelesen werden. Es hat wahrhaftig Güte.“

„Nun, Ambrosius!“ sagte der Herzog, „so gar eilig ist es nicht, daß wir unserm alten Freund die Sache nicht mitteilen sollten. Wir haben nämlich beschlossen, uns huldigen zu lassen, und zwar nach neuen Verträgen und Gesetzen. Die allen sind null und nichtig.“

„Das habt ihr beschlossen? Um Gottes willen, habt ihr auch bedacht, zu was dies führt? Habt ihr nicht erst vor wenigen Jahren den Tübinger Vertrag beschworen?“

„Tübingen!“ rief der Herzog mit schmerzlicher Stimme, indem seine Augen von Tränen glühten. „Tübingen! Nenne dies Wort nicht mehr! Dort habe ich all meine Hoffnung, dort war mein Land, meine Heimat, hal! Und dort haben sie mich verraten und verkauft. Ich habe, ich flehte, sie sollen zu mir halten, ich wolle Gut und Blut mit ihnen teilen — nichts! Man wollte von Ulrich nichts mehr. Das neue Regiment gefiel ihnen besser, im Land haben sie mich schmachten lassen, haben zugegeben, daß ihr Herzog in Verbannung war, haben geduldet, daß der Name Württemberg ein Doangelächter wurde in allen Reichchen — jetzt bin ich wieder Herr und Meister und habe das Heft in der Hand und will mich nicht wieder aus der Hand wieder lassen. Haben sie ihren Eid verbrochen, bei Sankt Hubertus, so ist mein Gebädime auch nicht länger. Tübingen Vertrag? Ich san, der Teufel soll alles holen, was mit diesem Namen sich verknüpft!“

„Aber bedenken Euer Durchlaucht!“ sprach Lichtenstein, von diesem Ausbruch der Leidenschaft erschüttert, „bedenkt doch, welchen Eindruck ein solcher Schritt auf das Land machen muß. Noch habt ihr nichts als Stuttgart und die Gegend; noch liegen in Urach, Alpfen, Tübingen, Göttingen überall bündische Besatzungen. Wird die Landkraft Euch heiffen, den Bund zu verjagen, wenn sie hört, auf welche Ordnung sie huldigen soll?“

„Ich sag: Mit mir die Landchaft beigestanden, als ich Württemberg mit dem Rücken ansehen mußte? Sie haben mich laufen lassen und dem Bund geschickt!“

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag der badischen Sozialdemokratie

Die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und die Aufgaben der Sozialdemokratie

Befandelte Landtagsabgeordneter
Dr. Kraus-Geidelberg

in folgendem Referat:

Von unserm großen Marx kommt das Wort, daß Kriege und Revolutionen Lokomotiven der Entwicklung des Fortschritts sind. Dieses Wort bewahrt sich in den ökonomischen und sozialen Fortschritten, in denen wir heute mitten darin stehen. Mehr denn je stehen darum heute auch in der Arbeiterchaft die wirtschaftlich-sozialen Lebensfragen im Vordergrund des Interesses; neben den schweren Aufgaben des politischen Aufbaus haben wir die unendlich schwereren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu lösen. Wir müssen uns neben der Sozialpolitik viel härter als bisher auf die eigentlichen wirtschaftspolitischen Fragen konzentrieren, wirtschaftliche Theoretiker und wirtschaftliche Praktiker müssen in der Partei und in den Gewerkschaften einen ganz anderen Einfluß als bisher gewinnen. Bei allen diesen Fragen verlangt der Marxismus von uns eine wesentlich andere Einstellung, als sie in der bürgerlichen Nationalökonomie gegeben ist: nicht das Kapital, seine Anlage- und Verwertungsprozesse, nicht die Ware, ihre Zirkulation und ihr Austausch, nicht die Maschine interessiert uns allein und in erster Linie, sondern die sozialen Zusammenhänge, in die der Mensch durch die Wirtschaft eingegliedert ist. Unter diesem sozialökonomischen Gesichtspunkt haben wir die wirtschaftlichen Probleme zu betrachten.

Zunächst nun einige Ausführungen über die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart. Die deutsche Volkswirtschaft ist mit dem Krieg und der Revolution in das Stadium einer ungeheuren Krise eingetreten. Zum vollen Ausbruch kam dieselbe in diesem Jahre 1920, in verstärktem Maße etwa seit der Mitte, mit unvorstellbaren Schwankungen hat sie bis heute angehalten, ja sie steigert sich von Tag zu Tag. Die Erscheinungen dieser Krise sind: Einschränkung der Produktion, Stilllegung ganzer Betriebe oder Arbeitszeitverkürzungen, anwachsende Arbeitslosigkeit; infolge davon Lohnverkurzungen, Mangel an Kaufkraft breiter Volksschichten, andauernde Lohnbewegungen, Käufermangel, Lebensmittelknappheit usw. Die Spannung zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft ist in stetigem Wachstum. Die Anararchie auf dem Arbeitsmarkt äußert sich, selbst bei berechtigten Lohnforderungen sind nur mit immer größeren Schwierigkeiten durchzusetzen.

Verstehen wir uns den gemeinsamen Grundcharakter dieser Krise klarzumachen. Kögen auch produktionsrisikohaftere Momente eine zum Teil wesentliche Rolle spielen, in erster Linie handelt es sich um eine Angebots-, d. h. um eine Angebots- und Nachfragekrise. In der Produktion ist ein großer Teil der vorhandenen Güter verloren gegangen, die Produktion nicht gesteigert, weil infolge der hohen Preise der Massenbedarf fehlt; in fast allen Privatwirtschaften der breiten Volksschichten kehrt sich diese Krise, ebenso in allen auf die Massenbedürfnisse eingestellten Produktionszweigen.

Machen wir uns die Ursachen dieser Krise klar. Die nächstliegenden Ursachen sind in der Preis- und Geldbewegung zu suchen. Unsere Volkswirtschaft wurde im Krieg auf imperialistische Kriegswirtschaft eingestellt (vgl. Hindenburgprogramm!). Die Erzeugung von Bedarfsgütern ging zurück, vor allem aber die notwendige Reproduktion des Kapitals, die Produktion der Produktionsmittel. Zugleich aber nahm die Menge des umlaufenden Geldes zu, ja sie kehrte sich gewaltig durch die Inflation der Kriegsanleihe, ohne entsprechende steuerliche Ausgabenbedeckung. Der Wert unserer Mark sank aber — von einigen Schwankungen abgesehen — nicht so tief, als es der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage entsprach hätte, und zwar infolge der Notlage. Die destruktiven Wirkungen traten mit voller Schärfe erst nach der Revolution zu Tage. In der Bewegung unserer Valuta handelt es sich in erster Linie um innere ökonomische Notwendigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses. In erster Linie drückten auf unsere Markvaluta die ungeheuren Marktmengen, die in den von uns besetzten Auslandsgebieten im Umlauf waren, sowie die Auslandsanleihe, die nach dem Krieg fällig wurden. Diese Marktmengen vergrößerten sich von Tag zu Tag durch die Mietersenkungen, die durch das Loch im Leihen einströmten. Die umlaufenden Marktmengen im Innern vergrößerten sich von Tag zu Tag, da den gewaltigen Preissteigerungen, die keine Lohn- und Gehaltsrückstellungen zur Folge hatten, so wie die Dinge damals lagen, nur durch Vergrößerung der Papiergeldmenge (also Inflation und Marktentwertung!) begegnet werden konnte. Die Befehlsgeber kamen zu spät und gingen nicht weit genug, wie sich jetzt besonders an der Vermögensabgabe zeigt, die schon, als sie geplant wurde, durchaus ungenügend war und jetzt in keiner Weise mehr den Namen verdient.

Aus den verschiedensten Gründen war das Jahr 1919 für große Teile der deutschen Wirtschaft ein glänzendes Konjunkturjahr. Einmal machten die Exportindustrien glänzende Gewinne, da infolge der Valuta das Ausland auch bei den höchsten Preisen noch billig bei uns kaufen konnte. Diese Exportkonjunktur artete ja zum direkten Ausverkauf Deutschlands aus; nach einer Schätzung wurden damals circa 15 Milliarden amerikanische Kapitalanlage in deutschen Industrieunternehmen und staatlichen Anleihen errechnet. Auch ein Teil der auf den Inlandmarkt eingestellten Industrie hatte 1919 gute Konjunktur. Die Valutaverhältnisse verschafften Industrie und Handel ein Preismonopol im Inland, das sie weidlich ausnützten. Die Gewinne, die gemacht wurden — in derselben Zeit, da die breiten Massen des Volkes und der Staat immer mehr verarmten — stiegen ins enorme. Dabei darf man nicht allein die Dividenden erwähnen, sondern alle die Abschreibungen, Bezugsrechte, Verzinsungen des Aktienkapitals usw., was alles verschleierte Gewinne darstellt. Allein die vier großen Berliner Banken machten im Jahr 1919 562,6 Millionen Rohgewinn und 186,3 Millionen Reingewinn. So hoch auch die Preise stiegen, sie wurden bezahlt, weil da und dort große Mengen Geldes aufgeschwemmt waren. Dazu kam, daß die Angst vor dem weiteren Einlen der Wert der gebliebenen Aktien zu Ankaufen trieb. Da lebte im März 1920 mit einem kleinen Steigen der Wert der sichtbare Krise ein, die so recht das Angehende und Raule der ganzen Konjunkturperiode zeigte. Das Ausland zog seine Aufträge zurück, im Inland lebten die Käuferstreiks ein, der Handel hielt zurück, tätigte keine Abschlüsse mehr, aus Furcht, die Ware zu billig abstoßen zu müssen, die Warenlager der Industrie füllten sich, die Produktion stockte. An diesem Punkt zeigte sich, daß der Privatkapitalismus völlig versagt, wo es sich um die Befriedigung unserer Volkswirtschaft handelt. Notwendig war der Preisabbau auf der ganzen Linie, sowohl dem Ausland

gegenüber, um weiterhin gesteigerte Aufträge zu erhalten, und damit Devisen zu beschaffen, wie dem Ausland gegenüber. Statt dessen trachtete man lediglich danach, die alten Gewinne ungekürzt einzubehalten. Während der Auslandskapitalist sich um 5-8 Prozent Gewinn begnügte, verlangte der deutsche das gleiche, so daß wir allmählich teurer wie das Ausland arbeiten. Natürlich wird das auf die hohen Arbeitslöhne geschoben, trotzdem der Arbeiter im Ausland bedeutend besser gestellt ist als bei uns (im Amerika 45-50 Dollar pro Woche!). Anstatt im Ausland kräftig weiter zu produzieren, auch auf die Gefahr hin, die Ware billiger abgeben zu müssen, sperrte man die Produktion, um die Preise hochzuhalten.

Zu all diesen geld- und kapitalwirtschaftlichen Krisenursachen kommt nun noch die Tatsache, daß wir beinahe sind und die Büche eines im industriellen Vernichtungskrieg der Nationen unterworfenen Staates tragen müssen. Wertvolle Produktionsgebiete haben wir dauernd oder doch auf lange Zeit hinaus verloren, auf Kolonien, Handelsflotte und Anlandskapital müßten wir verzichten. Den Siegerstaaten mußten wir Restbesitzungen ohne Gegenleistung einräumen. Dazu kommen die finanziellen Verpflichtungen des Friedensvertrages, die Reparationszahlungen, Kohlenlieferungen und Entschädigungen. Wir werden auf Jahrzehnte hinaus eine passive Handelsbilanz haben, auf Anlandskredite angewiesen sein, für die wir unter volkswirtschaftlichen Kapital verpfänden müssen. Damit sind unserer Wirtschaft, die auf Weltwirtschaft und Export einseitig war, wesentliche Grundlagen entzogen, wir müssen für Millionen Schickel neue Arbeitsplätze finden. Wir müssen damit rechnen, daß unsere Steuer für absehbarer Zeit ihre Abnehmerlosigkeit erleben und ausnützen werden. Somit ist mit ihnen eigenen Interessen vereinbar ist sozialistische Wirtschaftspolitik! Wohin wir blicken, ein ernstes, trübes Bild!

Damit komme ich auf die wirtschaftlichen Aufgaben der Sozialdemokratie zu sprechen. Zu einer Lösung dieser ungeheuren Krise sind zwei Voraussetzungen notwendig: einmal muß bei der Entente an Stelle des Willens, uns wirtschaftlich zu vernichten und aus dem weltwirtschaftlichen Prozeß auszuschließen, die Erkenntnis treten, daß man nicht ohne schwerste Schädigung der eigenen und der ganzen europäischen Wirtschaft Deutschland zertreten kann, und infolge dieser Einsicht der Wille, uns entgegenzukommen. Es sind im Ausland Kräfte in dieser Richtung am Werk, die wir nicht unterschätzen dürfen, sondern nach jeder Richtung unterstützen müssen. Das zweite ist: Die Arbeiterchaft muß erkennen, daß ihr soziales Schicksal mit dem Schicksal der deutschen Volkswirtschaft auf Gedeih und Verderb verbunden ist und daß der Wiederaufbau der wirtschaftlichen Produktion die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft ist; sie muß erkennen, daß die Befriedigung der Unterdrückten der Produktion letztlich die Befriedigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Existenzbedingungen bedeutet; die Arbeiterchaft muß endlich auf der klaren ökonomischen Einsicht kommen, daß der Weg zur Sozialisierung der Wirtschaft nicht über die Kräfte, der des Kapitalismus führt, sondern einen ökonomischen Weg nach stufenweiser Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in sozialistische darstellt, deren Voraussetzung die Mitarbeit möglichst vieler intelligentester Führerkräfte aus Wissenschaft und Praxis darstellt.

An sich sind nun drei Richtungen der Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise denkbar: die kapitalistische und die sozialistische. Die erste Richtung ist für uns unzulässig und sozialistisch unmöglich, sie könnte aber auch die Lösung nicht bringen. Sie würde zur Diktatur der großen kapitalistischen Monoporganismen führen, die gerade in den letzten Wochen sich zu Reichtrüben ausbilden. Gleich würde die liberale kapitalistische Lösung mit Preisverfall, Anzeichen an dem Weltmarkt usw. eine Lösung auf Kosten der Arbeiterchaft sein, die sich bitter rächen würde. Es bleibt nur die dritte, sozialistische Lösung. Sie würde die Produktion der Produktionsmittel, die von denen in erster Linie die Befriedigung unserer Wirtschaft und der Wiederaufbau abhängt.

1. Zunächst muß die Arbeitsfrage im Bereich lebensnotwendiger Bedarfsgüter behoben werden. Wo und wie es nur geht, müssen die Preise für die wichtigsten Bedarfsgüter des täglichen Lebens abgebaut werden, damit die Kaufkraft der Konumenten, besonders der Löhne und Gehälter wieder gegeben wird. Nicht Anzeichen der Löhne und Gehälter an die Preise, sondern umgekehrt. Es geht unter keinen Umständen länger an, daß die Produktion lebensnotwendiger Bedarfsgüter auch nur 1 Stunde stillgelegt und die Arbeiterchaft, die arbeiten möchte, auf die Straße geschickt und mit ihren Familien dem Hunger und der Verelendung preisgegeben wird. Immer hört man: „Für Arbeit kann uns retten.“ Dieses Wort ist eine Ironie solange noch ein einziger Arbeiter beruht. Wo Kredit, Arbeit und Preisfragen die lebenswichtige Produktion kommen, muß der Staat als Autorität einwirken, eventuell durch Cronisation einer industriegenossenschaftlichen Arbeits- und Wirtschaftsform.

2. Wir müssen unter allen Umständen für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mit allen Mitteln eintreten. Wir müssen auf dem Gebiet der Ernährung soweit als irgend möglich vom Ausland unabhängig werden. Die Genossenschaftsorganisation in moderner landwirtschaftlicher und technischer Ausgestaltung muß in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Lebensmittelverteilung gefördert werden.

3. Unsere monopolisierte Rohstoffproduktion muß sozialisiert werden. Die bürgerliche Regierung hat jetzt die Führung in der Kohlensozialisierungsfrage völlig an die schwerindustriellen Milionäre abgegeben. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß hier ein ganz entscheidender Schritt in der Richtung zur Gemeinwirtschaft gemacht wird, wenn es sein muß, durch Volksabstimmung. Soziale ist das Problem äußerst schwierig, man kann zweifelhaft, ob angesichts der unabweisbaren Verelendung der Kohle mit Eisen und Stahl, mit Elektrizität und Maschinenbau, eine sozialisierte Sozialisierung der Kohle überhaupt möglich und ratsam ist, oder ob nicht besser, wieorten es vorschlägt, eine gemischte Teilsocialisierung Platz zu greifen hat. Man kann auch, wenn man nicht, daß der Vorstoß I kaum Aussicht auf Verwirklichung hat, sich als Partei durchaus für Vorstoß II einsetzen, besonders mit Verwirklichung der Sonderbetriebe Einmann und Weber. Die Hauptfrage ist, daß ein entscheidender fruchtbarer Schritt nach vorwärts getan wird.

4. Mit aller Energie müssen wir an die Aufgabe der finanziellen Befriedigung des Staates herantreten. Die Einnahmen des Staates werden sich stark verringern, wenn erst die Schwerindustrie verringert ist. Dennoch werden die Ausgaben für die Arbeit immer mehr zunehmen. Hier hilft nur eine radikale Vermögensabgabe verbunden mit einer ebenso radikalen Erbschaftsteuer. Von einer gewissen Vermögenssumme ab sind 20, 40 oder gar 50 Prozent jedes Vermögens, Kapital- und Einkommensvermögen, an den Staat abzutreten. Nicht nur würde damit der Staat finanziell gesunden und die Valuta sich bessern, der Staat würde vor allem aus einem ökonomischen Standpunkt ein kapitalistischer Wirtschaftstaat. Hier liegt für unsere Partei ein großes und dankbares Aufgabengebiet.

5. Unsere Wirtschaft muß soweit wie möglich ökonomisiert, d. h. planmäßig betrieben werden. Der Kern der Wirtschaftspolitischen Planwirtschaftsdebatte muß unbeschadet aller Teilsocialisierungen das Ziel bleiben, auf das hin wir wirtschaftspolitisch arbeiten. Die Genossenschaft wird dabei eine hervorragende Rolle zu spielen haben. So rasch wie möglich muß eine klare Wirtschaftsverfassung aufgebaut werden, regional und sachlich. Hier wird das wichtigste in nächster Zeit die Bildung der Bezirkswirtschaftsräte sein, anschließend an die bereits bestehenden Unternehmervertretungen, denen Arbeiter- und Konsumentenämtern zur Seite zu stellen sind.

6. Die beiden Referate wurden mit lebhaftem Beifall und Handclatschen aufgenommen. Zwei noch eingelassene Anträge werden einstimmig angenommen. Der eine verlangt die Freirechnung der Schulfrage auf dem nächsten Parteitag, der andere die Herausgabe der beiden Neben-Ged und Kraus als Broschüre.

Es wird in die Debatte über die beiden Referate eingetreten.

Runge: Die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit kann nur auf dem Wege der Enteignung geschehen, unter gewisser Abtönung der Kapitalisten. Der Kapitalismus ist nicht fähig, die gegenwärtige Krise zu lösen.

Geoffin Trautwein-Vorheim weist darauf hin, daß am heutigen Sonntag in allen evangelischen Kirchen des Landes Predigt gemacht wird von der Kanzel herab gegen die Aufhebung des § 218 des Strafgesetzbuchs. Die Frau muß aber das Recht bekommen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie Mutter werden will oder nicht. Es ist ein Verbrechen, wenn die Kirche Menschen zwingen will, wofürs Kinder zu erzeugen ohne daß sie wissen, wie sie sie erziehen können. Die Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften mögen mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß unsere Forderungen sich durchsetzen — Ebenso muß die Prostitution bekämpft werden, die allerdings nicht zu beseitigen ist, so lange wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung haben. Es müssen aber sozialwürdige Zustände geschaffen werden.

Engler-Kreuzburg: Ueber den Weg, der zum Ziele unserer Bestrebungen führen kann, der Weg der Genossenschaft, wird leider gerade in unseren Kreisen zu wenig gesprochen. Dort haben wir aber die Sicherheit, daß keine Rückschläge eintreten. Der Konsumverein kann natürlich nicht die Kohlenproduktion in die Hand nehmen, aber wenigstens die Kohlenverteilung. Gätten wir die Verteilung in der Hand, dann könnten wir auch auf die Produktion einwirken. Denselben Weg müssen wir auch in der Wohn- und Nahrungsfrage gehen. Mit den Steuern, die wir jetzt haben, wird nichts sozialisiert, weil der Kapitalist immer versteht, sie abzuwälzen. Wir müssen dahin kommen, die Grundrente in weitem Sinne zu erfassen. Aus dem Dilemma, in dem wir uns befinden, gibt es nur den einen Weg, daß wir uns selbst die Organismen schaffen, mit denen wir zur Verwirklichung unserer Bestrebungen gelangen.

Hg. Gortner-Karlruhe: Auf der ganzen Linie haben wir den Zusammenbruch der Krangswirtschaft erlebt; auch wenn eine neue Ironiewirtschaft kommen würde, lämen wir nicht weiter. Der Plan Wiffels läßt sich nicht durchführen. Die volle Sozialisierung wollen wir alle nicht; aber in den wenigen Betrieben, die reif dazu sind, soll an die Sozialisierung herangetreten werden. Wenn die Bergarbeiter der Ansicht sind, daß die Sozialisierung der Bergwerke möglich ist, können wir nicht sagen, es sei nicht möglich. Wir dürfen den Industriellen den Rücken nicht stärken. Man kann auf dem Wege von unten auf zur Sozialisierung gelangen, wie es im Bergewerbe nun mit Erfolge versucht wird.

Rehner-Rannheim wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen von Dr. Kraus über die Planwirtschaft. Auch den Vorstoß 2 der Sozialisierungskommission lehnt die Arbeiterchaft ab; mit den Hinterzügen der Kleinaktion läßt sich die Arbeiterchaft nicht lassen.

Vittmar-Rannheim spricht über das Arbeitsnachweisedesen, das den Kommunen entzogen werden soll.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Kraus stellt im Schlußwort fest, daß er nicht für die Wiffelsche Planwirtschaft eingetreten sei als einzige Rettung. Im weiteren wendet er sich gegen einige Bemerkungen der Disfussionredner.

Ein Antrag, den Bezirksvorstandesmitgliedern eine jährliche Aufwandsentschädigung von 200 M zu gewähren, wird einstimmig angenommen.

Damit sind die Arbeiten des Parteitags erledigt.

Gen. Strobel dankt den Baden-Pabener Genossen für die schöne Aufnahme. Die Befürchtungen, daß unsere Genossen sich nicht wohl fühlen könnten, sind nicht eingetreten. Weiter dankt Rehner den ausgeschiedenen Bezirksvorstandesmitgliedern und den Referenten.

Der Parteitag hat gute Arbeit geleistet, er hat alle Zerplitterungsveruche abgelehnt und gutgeheißen; er hat klar entschieden über gewisse Differenzpunkte. Wir sind einzig in dem Willen, unser Ziel zu erreichen. Von großen Gesichtspunkten aus sind die Referate gehalten worden. Die Sozialdemokratie ist willens, das niederliegende Land eben aufzurichten. Jene, die glauben, die alte Ordnung helfen aufzurichten zu können, haben die Kompromisse erhalten. Die deutsche Republik steht unter dem Schutze der deutschen Arbeiterchaft. Nun ist es Aufgabe der Delegierten, das, was hier vorgetragen und beraten worden ist, hinauszutragen in das Volk, unter die Arbeiterchaft. Mit dem Kampfruf „Auf Sozialisten, schließt die Reihen“ sei der Parteitag geschlossen.

In das Hoch auf die Partei und die sozialistische 2. Internationale stimmen die Delegierten begeistert ein.

20 Millionen für Wohnungsbauten

Annahme des 20 Millionen-Kredits durch den Karlsruher Bürgerentscheid — Prinzipielle Zustimmung zur Wohnungsabgabe — Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs

Karlsruhe, 30. November. Oberbürgermeister Dr. Winter eröffnete die gutbesuchte Sitzung zu der sich auch recht viele Zuhörer auf der Galerie eingefunden hatten.

Die erste Vorlage betrifft die Änderung des Tarifs der städt. Straßenbahn.

Bürgermeister Schneider begründet die Vorlage, die wir ja schon des Näheren besprochen haben. Der Redner vertritt den Standpunkt, daß die Ausgaben der Straßenbahn durch die Einnahmen gedeckt werden müssen. Eine Erhöhung des Grundtarifs von 30 auf 70 Pfg. und der Monats- und Jährstarten ist absolut notwendig. Karlsruhe steht gegenüber anderen Städten immer noch billiger. Die heutige Straßenbahn steht in jeder Hinsicht gut da, man kann sagen, sie ist so gut wie neu.

Stadtverordneter Dr. Frey führt aus, daß der Stadteroberbaurat über die Vorlage geäußerte Meinung gewesen sei. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht Gen. Beez und vertritt die Auffassung, daß der Tarif umgestaltet werden muß, die sozialdem. Fraktion hat der Erhöhung des Kartarifs und der Monatsarten ungenügend zugestimmt, da gerade die minderbemittelte Bevölkerung am meisten davon betroffen wird. Durch höhere Abschläge der Klasse können die Einnahmen auch erhöht werden. Einen Ausbau der Straßenbahn werden wir nicht unterlassen. Nicht die sog. „hohen Löhne“ der Arbeiter und Beamten sind am Tagelohn schuld, sondern die Verteuerung des Materials. Durch Entlassungen ist der Stadt nicht geholfen, das Heer der Arbeitslosen ist weiterhin groß genug. Wenn die Stadterverwaltung die sog. „Veredelung“ des Haushaltsbudgets durchzuführen gedenkt, so werden wir uns dem entgegen setzen.

Stadtverordneter Hermann (Dem.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus und wendet sich gegen die von verschiedenen Seiten bezugte Herabsetzung der Löhne und Gehälter.

Stadtverordneter Kruse (U.S.P.-Links) ist gegen die Vorlage, während Stadtverordneter Nieß (U.S.P.-Rechts) sich für die Vorlage ausspricht.

Stadtverordneter Strobel (Ztr.) verlangt eine Ermäßigung für Schülerarten, wenn mehrere Kinder einer Familie die Straßenbahn zum Schulbesuch benutzen müssen.

Die Vorlage wird mit 6 gegen 3 Stimmen angenommen. Kredit zur Finanzierung von Wohnungsbauten und Beschaffung neuer Wohnungen.

Es handelt sich um die Bewilligung von 20 Millionen Mark für Wohnungsbauten, die wir ja schon eingehend in unserem Blatte besprochen haben.

Bürgermeister Schneider bittet bei Bewilligung der Vorlage auch im Prinzip der Forderung in Aussicht der geplanten Wohnungsabgabe zuzustimmen. Wir leben tatsächlich in der äußersten Wohnungsnot. Ihr abzuhelfen liegt nicht nur im Interesse der Wohnungssuchenden, sondern auch im Interesse der Erwerbslosenfrage. Nicht nur Neubauten sind notwendig, sondern auch die Erhaltung von weiteren Wohnungen in bereits vorhandenen Gebäuden. Auf diese Weise können wir ca. 1000 Wohnungen einrichten lassen, auch die Kaffeehäuser sind auszuräumen, wo ebenfalls neben Wirtshäusern auch noch mehr Wohnungen eingerichtet werden können. Die Mittel zum Wohnungsbau müssen von der Gesamtheit getragen werden. Eine Wohnungsabgabe ist notwendig, damit die Mittel zur Erhaltung von Wohnungen herbeigekommen. Redner bespricht sodann auch den Entwurf zur Erhebung einer Wohnungsabgabe, die hauptsächlich durch ein Reichs- oder Landesgesetz geregelt wird. Er bittet um einstimmige Zustimmung zum Grundgedanken des Entwurfs.

Stadtverordneter Dr. Frey verlangt u. a. Vorlage, daß die neuerrichteten Wohnungen nur von in Karlsruhe wohnungssuchenden bezogen werden dürfen, nicht daß der Zugang von auswärtigen Personen erleichtert wird. Zum Schluß dankt der Redner dem Bürgermeister Schneider für seine großzügige Arbeit. — Stadtverordneter Strobel (Ztr.) hebt besonders die Wichtigkeit und große Bedeutung der Vorlage hervor. Er verlangt sodann im Interesse der Bevölkerung der Beschäftigung Aufklärung über den Zugang der sog. „Oligarchie“, über den die verschiedenen Gerichte kurzieren. Zu dem Wohnungsabgabengesetz müssen auch die Handwerker herangezogen werden. Keine Fraktion ist mit der Vorlage sowie mit der Deckungsfrage einverstanden.

Gen. Stadtverordneter Schwall stimmt den Ausführungen des Bürgermeisters und der Vorlage zu. Letztere bedeutet nicht ein Wert der Nächstenliebe, wie der Redner meint, sondern ist ein Wert der Not der Zeit geboren. Es ist nicht notwendig, daß das Haus die enormen Summen verschlingen muß, denn der Profit der Unternehmer ist riesig genug. Hier sollten die Gemeinden eingreifen. Gut und solid zu bauen muß unser Standpunkt sein, ebenso ein bequemes und nicht zu enges Wohnen. Redner führt sodann Klage über das Vornehmen der Handwerkerzunft, wo zum Teil kein Wasser, kein Gas und keine Straßen vorhanden sind. Zur Deckung dieser Frage sollten die Industrieellen mehr herangezogen werden als nur durch die Wohnungsbau. Das Einkommen muß auch bei den Handwerkern nicht die Abgabe sozial. Wir sind bei der fernerhin mitzuarbeiten und sind für die Vorlage und im Prinzip für die Deckungsfrage.

Stadtverordneter Trautmann (Dem.) befürwortet die Zustimmung seiner Fraktion sowohl zur Vorlage wie zur Deckungsfrage und wünscht wie sein Vorredner, daß nur gut gebaut wird. Der Stadteroberbaurat muß der Dank ausgesprochen werden, daß sie die Vorbereitungen zum Bauen in so großzügiger Weise in die

Hand genommen hat. — Stadtverordneter (U.S.P.) rechts) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage und verlangt ein sofortiges Inkrafttreten der Stadt. Dem Wohnungsbau gehören mehr Nachbetrachtungen übertragen.

Stadtverordneter Gen. Frey weist darauf hin, daß die meisten Bewerber um Wohnungen auch einen Garten wollen. Die Menschen wollen die Verührung mit der Natur. In der Vorlage ist die Gartenstadtbaugenossenschaft nicht genügend berücksichtigt. Die Handwerkerzunftgenossenschaft erhält viel zu viel Bauaufgaben. Eine Korrektur sollte hier in der Vorlage vorgenommen werden.

Gen. Stadtverordneter Müller-Würg bittet um weitere Unterstützung der Handwerkerzunftgenossenschaft „Selbsthilfe“, sie habe nur acht Häuser bekommen. Bei den Wohnungsbauten muß eine Regulierung der Lohnzuschläge zum Tagelohn vorgenommen werden. Die Handwerker nehmen 50 Proz., während die „Selbsthilfe“ nur 30 Proz. zuzuschlagen. — In Daxlanden wird die Wohnungsnot nicht behoben, wenn die Gartenstadt Grünwies 11 40 Wohnungen erhält; denn die Wohnungssuchenden von Grünwies treten auch mit in Konkurrenz.

Stadtverordneter Trebinger (Komm.) wendet sich gegen die Wohnungsabgabe, unter der die Hand- und Kopfarbeiter am meisten zu leiden hätten. Konzentriert wäre die Sozialisierung, vor der man aber zurückgeschreckt sei. Im weiteren erhebt Herr Trebinger die üblichen unmaßvollen Angriffe gegen unsere Partei, mit anschließender Verherrlichung des Reichstags.

Gen. Stadtverordneter Philipp stellt die Widersprüche des Herrn Trebinger fest, der zuerst das Kinderlohn schildert und die Wohnungsnot und dann aber die Vorlage ablehnt. Die dortigen 40 Wohnungen sind ein Anfang. Wir stimmen grundsätzlich einer Wohnungsabgabe zu, aber nur grundsätzlich. Die in der Vorlage müssen verschwinden. Es ist unbegreiflich, daß von der Reichsregierung nicht getan wird. Mit der grundsätzlichen Zustimmung zur Wohnungsabgabe zeigen wir der Regierung den Weg, den sie gehen soll. Dagegen wehren wir uns, daß dem Kinderlohn dieselbe prozentuale Abgabe auferlegt wird, wie dem Reichen; die Verteilung muß nochmals nachgeprüft werden, denn die Gartenstadt ist offenbar benachteiligt.

Stadtverordneter Kaczir wendet sich gegen die Bemerkungen des Stv. Schwall über die Malerzunft, die unrichtig seien. Es spricht noch der Stv. Spath (D.M.), der der Vorlage zustimmt, worauf ein Antrag auf Schluß der Debatte ein Ende macht.

Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Erhebung von Gebühren beim kädtischen Brennstoffamt

Nach der Vorlage soll für die Juteilung der Kohlenbezugscheine an die Händler für jeden Bezugschein eine Gebühr von 60 A erhoben werden; weitere Gebühren werden für Verteilung der überreichten Kohlenbelegungen an die Eins- und Verkaufvereinigungen des Karlsruher Brennstoffhandels, für die Kontrolle über das außerbetriebliche Brennholz und für die Prüfung und Feststellung der außerbetrieblichen Verkauf bei der Weiterleitung dieses Holzes.

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Erhebung einer Zuschlagsgebühr für die Benützung des städt. Schlachthofes und Viehhofes

Zu den Gebühren im Schlachthof soll ein Zuschlag bis 40 A für jedes Fund gemächlich geschlachteten Fleisches und bis zu 20 A für jedes Fund nach Karlsruhe eingeführten Fleisches erhoben werden.

Genossin Stv. Bernauer kritisiert die Verhältnisse bei der Freibank des Schlachthofes und Viehhofes.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Änderung der Besatzungsordnung

Wir haben das wesentliche aus der Vorlage schon. Ein nachträglicher Antrag des Stadtrats verlangt die Erhebung einer um 50 Prozent erhöhten Gebühr bei Feuerbestattung, solange die Feuerung der Brennstoffe ansteht.

Gen. Stv. Vöhringer stimmt namens der sozialdemokratischen Fraktion der Vorlage zu, betont aber den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie auf Unentgeltlichkeit der Feuerbestattung. Den nachträglichen Antrag lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab.

Der erste Teil der Vorlage wird einstimmig, der nachträgliche Antrag wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Schönung der Spar- und Pfandkassette

Stv. Wittmann (Ztr.) macht in einer überlangen Rede eine Anzahl Verbesserungsvorschläge und begründet einen Änderungsantrag, gegen den sich Bürgermeister Kleinhardt wendet.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Der Antrag des Zentrums wird abgelehnt.

Neuregelung der Desinfektionsgebühren

Stv. Gen. Krall fordert Unentgeltlichkeit der Desinfektion. Die sozialdem. Fraktion stimmt aber im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt der Vorlage zu. Die Desinfektion verfährt aber oft dadurch ihren Zweck, daß sie erst mehrere Wochen später ausgeführt werde. Viel mehr Wert auf die Schuldesinfektion muß aber auf die laufende Desinfektion verwendet werden. Hier sei Anstellung von Hausbesuchswestern nötig.

Die Vorlage wird von dem seit letzten Haus einstimmig angenommen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 1. Dezember.

Die Berichterstattung vom badischen Parteitag findet heute Mittwoch, 1. Dezember, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

- Nordstadt: Restauration zur „Schrumpel“, Durlacherstraße.
- Südstadt: Rest. zum „Scheffelhof“, Ludwig-Wilhelmstraße.
- Mittel-Südweststadt: Rest. zum „Auerhahn“, Schützenstraße.
- Weststadt: Rest. zum „Gold-Krone“, Amalienstr.
- Weststadt: Rest. zum „Württembergischer Hof“, Goethestraße.
- Mühlheim: Restauration zum „Schwanen“.

In diesen Versammlungen werden sprechen: Die Genossinnen Müller und Fischer, die Genossen Horter, Beech, Lang, Runge, Börner, Schöpflin und Schwerdt. Die Genossinnen und Genossen werden dringend ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Diejenigen Vororte, die bis jetzt weder den Tag noch das Lokal zur Berichterstattung angezeigt haben, werden hiermit aufgefordert, dies unverzüglich beim Vorsitzenden Genossen Schwerdt, Wilhelmstraße 76, zu tun.

An die Obste! Die Obste der einzelnen Bezirke werden ersucht, in den heutigen Bezirksversammlungen auf die Kurze der Genossen Dr. Kullmann und Trinks hinzuweisen und Listen zu Einzeichnung anzufertigen zu lassen und dieselben an Gen. Redakteur Winter, „Volkstreu“, abzugeben. Auch sei darauf hingewiesen, daß die Arbeiter-Jugend am Sonntag, 12. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße 20, ihre Winterfeier abhält. Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden heute abend in den Versammlungen angewiesen sein mit Programmen, Eintritt 1.15 A. Wir bitten die Parteimitglieder, die Arbeiter-Jugend durch rege Abnahme der Programme zu unterstützen.

Aus dem Wochenbericht des städt. Preisprüfungsamts

Fleischversorgung. In den vergangenen Wochenmärkten wurde hochwertiges Rindfleisch für 12-13 A, zweite Güte sogar schon mit 9 A das Pfund, angeboten. Auf den großen Viehmärkten Norddeutschlands machte sich teilweise schon wieder ein Anziehen der Preise bemerkbar. Wie sehr die Notwendigkeit amtlicher Preisbildung allseits gutgeheißen wird, zeigt das Vorgehen des Stadtrats in Oberburg, der nach dem Berichte der „Allgemeinen Fleischzeitung“ für Fleisch und Wurstwaren folgende amtliche Höchstpreise festsetzte: Rindfleisch 7.50 A, Schweinefleisch 12.50 A, Griebennurmt 4 A, Leberwurst 6 A und solche aus reinem Schweinefleisch 12.50 A. Die Landfleischzeitung setzte folgende amtliche Preise fest: Rindfleisch 8-11 A, Schweinefleisch 16 A, Hammelfleisch 11 A. Es besteht die Hoffnung, daß das einmütige Zusammenstreben der jetzt überal sich bildenden Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Preisprüfungsämter mit den staatlichen und städtischen Behörden allmählich eine verständliche einheitliche Preisbildung und Preisausgleichung im ganzen Land und Reich zeitigen wird. — **Kartoffelversorgung.** Die Belieferung im Kleinvertrieb zeigte daselbst betrübende Bild wie in der letzten Woche. Käufer auf Posten, welche der Besitzer des Vahnenhofs am Samstag auf den Markt brachte, gab es im Kleinverkauf überhaupt keine Kartoffeln. Der stark andauernde Frost, der jede Zufuhr unterbindet, läßt neue Schwierigkeiten herankommen. — **Ei, Gemüse und sonstige Nahrungsmittel.** Das Angebot an Ei war reichlich, die Güte sehr gering, die Preise steigend, die Nachfrage sehr schwach. Die Belieferung mit Frischgemüse war befriedigend. Fette Käse, Feigwaren, Hülsenfrüchte und Getreide wurden zu handhabenden Preisen angeboten. Auch das Angebot an Wild, Geflügel und Fische war hinreichend bei gleichbleibenden Preisen. — Zur Anzeige wegen Preisüberschreitung gelangten vier Personen.

Stromlieferung in Folge Strommangel. Gestern und heute vormittag blieb die Stromlieferung eine Zeit lang aus, doch im Verlaufe unserer Zeitung eine Verhütung eintrat. Wir bitten unsere Leser, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Der Dezember ist der letzte Monat des Jahres. Er ist der erste Wintermonat, in dem das Leben in der Natur erstarbt und häufig Kälte, Eis und Schnee herrschen. Trotz dieser unfreundlichen Eigenschaften ist der Dezember bei unserer Jugend besonders beliebt. Denn in ihm wird das Weihnachtsfest, das liebste Fest der Kinder gefeiert. Deshalb lautet eine deutsche Bezeichnung für den Dezember Christmonat, eine andere unter dem Namen darauf, daß das Christfest an die Stelle des von den Germanen zur Zeit der Winterjenseitsfeier, dem astronomischen Winteranfang, gefeierten Julfestes getreten ist, auch Julmond oder auch kurz Jul. Von den 31 Tagen sind 4 Sonntage, der 25. Dezember ist der Christtag, der 26. der Stephanstag, in unserem Jahre aber ein Sonntag. Von den übrigen Tagen ist der 8. Maria Empfängnis, ein katholischer Feiertag, der aber nicht allgemein begangen wird. Im Dezember nehmen die Tage weiter ab, bis sie am 22. dem Tage der Winterjenseitsfeier, mit 7 Min. 51 Sekunden ihre kürzeste Ausdehnung erlangt haben, dann nimmt die Tageslänge wieder langsam zu.

Die Sozialdemokratischen Geistesarbeiter (Verbände der Sozialdem. Partei) veranstalten am kommenden Freitag, 3. Dezember, abends 1/8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Saal S. Schreypp (Waldstraße). Gen. Professor Rothmann spricht über „Die Not der geistigen Arbeit“. Die Versammlung hat den Zweck, die Geistesarbeiter davon zu überzeugen, wie dringend notwendig gerade in der heutigen Zeit die Solidarität aller Arbeitenden ist. (Siehe Inserat.)

Die Bürgervereinsung der Weststadt hat ihre Mitglieder und deren Angehörige zu einem Tanzabend in die drei Stunden am Samstag, den 27. November, eingeladen. Anlässlich einiger Dankworte, die der Vorsitzende des Vereins an Schüler und Lehrer des Tanzsaales richtete, gedachte derselbe auch der zur Zeit für unsere lieben Kleinen veranstalteten Kinderhilfe und forderte die Ercheinenden in warmen Worten auf, dieser segenspendenden Einrichtung zu gedenken und sein Scherlein zur Beseitigung der Not beizutragen. Diese Aufforderung fand volles Verständnis, denn eine Kassenabrechnung erbrachte den Betrag von 300 A, die der Kinderhilfe zugeführt werden sollen. Möge dieses schöne Zeugnis sozialer Verbundenheit vielfältige Nachahmung finden.

Aus dem Lande

Willingen, 30. Nov. Für das ganze Versorgungsgebiet des Kraftwerks Laufenburg sind infolge des starken Rückgangs des Rheinwasserstandes Sperrtage eingeführt worden, an denen kein Strom geliefert wird.

Ronhans, 30. Nov. Der Führer des Lastautomobils einer hiesigen Firma verlor im Motor verhaftet 500 Franken Silber in die Schmelze zu schmelzen. Am Hof entdeckte man das Geld und beschlagnahmte es. Die Firma ist an dem Schmelzgel unbeteiligt.

Adenheim (bei Lahr), 30. Nov. In der Nacht zum Samstag wurde in die katholische Pfarlkirche in Dudenheim eingebrochen. Die Räuber stahlen aus der Sakristei die Konfirmanden, zwei Ketten und alle Metallgegenstände. Dann nahmen sie die gefüllte Opferbüchse mit. Auch in die protestantische Kirche drüben die Diebstahlsfälle einen Einbruch. Sie konnten jedoch nur wenig wertvolle Gegenstände erbeuten.

Schwelzingen, 30. Nov. In vier Räubereien wurde hinfereinander von noch unbekanntem Täter in das Badehaus Karl Theobors im Schwelzinger Schlossgarten eingebrochen und ein Teil d. s. sehr wertvolle Mobiliars gestohlen. Die gestohlenen Möbelstücke haben laut „Schwelzinger Zeitung“ einen Wert von über 60 000 A. Es handelt sich um zwei kleine Kommoden, um einen Schreibtisch, einen goldgelben Tisch und um zwei Sessel mit grünem Beizebezug.



MAGGI'S Suppen

Erbs, Grünkern, Hausmacher, usw. sind in vorzüglicher Qualität wieder überall erhältlich.

Möbliertes Parterreimmer
in einem Hause der Südstadt mit Einjähr. zu mieten gesucht.
Wer Anzeigen unter Nr. 100 an das Soloforum abgeben.

Die guten, echten **Helpziger Pelze**
Qualitätsware.
Neueste Stoffe
Größe Auswahl
Wirklich preiswert.

Besonders vorteilhaftes Angebot
Alasca - Fuchse
Nur Karl-Friedrichstraße 6, Treppe
J. Schorpp,
neben Spiegel & Wels.
Schloßplatz.
1122

Union-Theater
Kaisersstr. 211

CABIRIA

Union-Theater
Kaisersstr. 211

5 Akte Der Kampf um die Weltherrschaft Ab heute II. Teil 5 Akte

Um die Abendvorstellungen nicht zu überlasten spielt in der Nachmittagsvorstellung von 3/4-6 Uhr I. und II. Teil zusammen. In den Abendvorstellungen nur II. Teil. Beginn 6.00, 7.20 und 8.40 Uhr.

Wie das Publikum aus dem I. Teil gesehen hat, handelt es sich um das grösste Filmwerk, das bis jetzt erschienen ist und ist als das beste internationale Filmwerk anerkannt. Der Film wurde u. a. in Zürich unterbrochen in den verschiedenen Theatern ca. 4 Wochen. In Berlin in den Ufa-Lichtspielen seit 8 Wochen. In New York in einem Riesenkino täglich bei ausverkauftem Hause vorgeführt. Ein Deutsch-Amerikaner bezeichnet Cabiria als den tiefsten und überraschendsten Eindruck den er in New York erhalten hat.

Die Direktion hat sich, wenn auch unter grossen Unkosten, entschlossen, in der Nachmittagsvorstellung 3/4-6 Uhr den I. und II. Teil zusammen zu spielen. In den Abendvorstellungen nur II. Teil.

Neue Heberzie'er
in 420 Nr. zu verkaufen.
Bäuerle, Werberstr. 28.

R. d. B.
Heute abend 7 1/2 Uhr
Vollversammlung
im „Löwenrathen“, Kaiserpassage.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 1. Dezember 1920. 3221
Zum erstenmal:
Der lebende Leichnam.
Drama von Toislot.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr

Volksbühne Karlsruhe.
Im Konzerthaus. 3222
Mittwoch, den 1. Dezemb. **K 2** Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.
Volkstümliches Konzert.

Die zum Festhalten von Weihnachtsbäumen in der Zeit vom 16. bis 24. Dezember ds. Js. bestimmten Plätze auf dem Stefanplatz und dem Marktplatz werden am Montag, den 6. Dezember ds. Js., vormittags, meistbietend öffentlich versteigert. 3210
Zusammenkunft um 10 1/2 Uhr auf dem Stefanplatz und um 10 Uhr auf dem Marktplatz, Ecke Seidenstrasse beim Rathaus.
Die Steigerungsbeträge sind sofort nach erfolgtem Zuschlag auf dem Platze zu bezahlen.
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Stadt, Markt- und Messamt.

Zahlungsanforderung.
Die Kleingärtner-Pächter, welche sich noch mit der Zahlung der auf 11. ds. Mts. fällig gewordenen Pachtzinsen im Rückstand befinden, fordern wir hiermit auf, ihre Schuldigkeit innerhalb 8 Tagen zu entrichten, andernfalls das Betreibungsverfahren eingeleitet wird.
Wir empfehlen besonders die bargeldlose Zahlung auf unser Postkontokonto Nr. 3 oder auf unser Sparkassen-Kontokonto Nr. 96. 3212
Karlsruhe, den 30. November 1920.
Stadthauptkasse A.

Den Fortbildungsunterricht betr.
Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrzeiten sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungspflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Volksschullehrer zur Teilnahme an dem Fortbildungunterricht anzumelden, ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum gewissenhaften und regelmäßigen Besuch anzuhalten und sie beim Verlassen des Aufenthaltsortes unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes sofort abzumelden. Neu eingehende Fortbildungspflichtige sind alsbald anzumelden. An- und Abmeldungen haben jeweils am dritten Tage nach dem Eintritt in das Berufs- oder Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus demselben zu geschehen.
Gegenscheinigungen von Eltern oder deren Stellvertretern, sowie von Dienst- und Arbeitsgebern gegen die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 20 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1920.

Das Volkshilfsrentenamt.
Weihnachtsbitte.
Der Not der Zeit läßt es uns davor notwendig erscheinen, den Blüthen unserer Vereinerung, zu denen auch Kriegsblinde zählen, eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wir bitten deshalb unsere sehenden Mitbürger herzlich, dies auch in diesem Jahre durch freundliche Gaben zu ermöglichen.
Spenden werden mit herzlichem Dank entgegengenommen bei der Gütlichkeit der verschiedenen Bekannten, den durch Katalog bezeichneten Sammelstellen und den Vorstandsmitgliedern: Herrn W. Boos, Viktorstraße 6, Frau L. Klose, Kriegsstraße 11, Frau L. Knittel, Durlach, Durlachstraße 83, Herrn Dr. Knittel, Südbühnenstraße 24, Frau L. Kaul, Sternbergstraße 4, Herrn M. Fein, Kaiser-Allee 15, Herrn K. Kiefer, Amalienstraße 13, Herrn P. K. Strauß, Gabelsbergerstraße 17, Frau Hofrat Trüb, Romadanalage 13, Frau Widmann, Kochstraße 4.

Neu eröffnet!
Strumpf-Erneuerungs-Anstalt
verbunden mit Maschinen-Strickerei, wo Strickarbeiten aller Art ausgeführt werden. 6206
Ebenso werden Strümpfe und Socken aus allem möglichen Material tadellos erneuert in der Maschinen-Strickerei
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Kth. III.
Eigenes Woll-Lager.

Palz-Waren
in nur bester Kürschnerverarbeitung kaufen Sie am billigsten
Erbprinzenstr. 3, am Rondell-Platz.
J. Neumann, Kürschner.

Schuhwaren
aller Art
in nur guten Qualitäten vom einfachsten Arbeiterstiefel bis zum feinsten Rahmenstiefel zu haben bei
J. Madener, Ruppurrerstr. 20.
NB. Kinderbekleidung gewähre ich bis Weihnachten einen extra Rabatt von mindestens 5 Proz. (Nachweis erforderlich).
Keine Sadennote! Kein Personal!
daher billige Preise. 6681

Korned-Beef
bestes argentinisches Produkt
Delfardinen
empfehlen
Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Färberei u. chem. Wasch-Anstalt
Geschw. J. & F. Schmitt
Hauptgeschäft Scheffelstr. 53
Liefen in 8-10 Tagen in allen Farben.
Spezialität: Färben nach Muster.
Aufträge werden in sämtlichen Annahmestellen der
Kragenwäscherei Schorpp
entgegen genommen. 6221

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
für Erwerbslose und Erwerbslose in Karlsruhe, Bahringergasse 106, Telefon 6270-6274, liegt ab Lager (Grenzstrasse), oder frei Keller, offen für alle, in jeder Größe und in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterliegt unter Vorbehalt, arbeitsbedingten und arbeitslosen Personen Beschäftigung zu schaffen. 6075

Zeitungs-Trägerin
für die Mittelstadt.
Gelegene Neuwerbungen wollen sich bei uns melden.
Geschäftsstelle des „Volksfreund“
Luisenstraße 24.
6691

Blauer Anzug
nur für schlanke Figur.
neu, preisw. zu verkaufen.
Eine bei Durlach.
Waldhornstraße 35.

Durlacher Anzeigen.
Reisbrotmarken.

Seit Ende Mai ds. Js. sind die Reisbrotmarken alten Moders (großes Format) und die Reisbrotmarken neuen Moders (kleines Format) nebeneinander gültig. Die Reichsgetreidestelle hat nun die Gültigkeit der alten Marken mit Ablauf des 31. Dezember 1920 aufgehoben und angeordnet, daß vom 1. Jan. 1921 ab nur noch ausschließlich die neuen Marken (kleines Format) gültig sind.
Ein Umtausch der alten Marken in neue darf nach Anordnung der Reichsgetreidestelle nicht vorgenommen werden; die Stellung von diesbezüglichen Anträgen ist deshalb zwecklos.
Durlach, den 30. November 1920. 3214
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Brot- und Mehlerverforgung.
Wir haben die Bäckereien und Mehlerverfasserstellen ermächtigt, weiterhin auf Brotmarken außer Brot, auch Brotmehl (Weizenmehl) abzugeben. Der Kleinderkaufspreis hierfür wird auf 1.40 M. für das Pfund festgesetzt. 3213
Durlach, den 30. November 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Rastatter Anzeigen.
Fleisch- und Brotlieferung.
Die Stadtgemeinde Rastatt vergibt die Lieferung des Rindfleischs, Kalbfleisches und Schweinefleischs, sowie des Schwarzbrottes für die beiden Armenhäuser, für das Knaben- und Mädchenwaisenhaus, für die städt. Kinderschule und das Bürgerhospital für das 1. Halbjahr 1921.
Die Angebote sind für die einzelnen Anfallten getrennt, auf 1 Kilo und Prozente unter dem amtlich festgesetzten Ladenpreis lautend bis längstens Samstag, den 4. Dezember, vormittags 11 Uhr,
verschllossen und mit entsprechender Aufschrift versehen und unter Angabe eines leistungsfähigen Bürgen anher einzureichen.
Der Gemeinderat behält sich die freie Wahl unter den Bietenden vor.
Die Bedingungen liegen auf dem Rathaus - Zimmer Nr. 10 - zur Einsicht auf.
Rastatt, den 29. November 1920.
Das Bürgermeisteramt.
Krenner. Silber

Haferausgabe betr.
Die Haferausgabe wollen die Ware an Donnerstag, den 2. Dezember, im Lager der Firma Walosen u. Co., Hauptstrasse 15 gegen Zahlung abnehmen, und zwar in der Zeit von 8-12 und 1-4 Uhr. Menge 3 Zentner pro Pfd. Sadmaterial ist mitzubringen.
Rastatt, den 30. November 1920. 321
Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Dffenburger Anzeigen.
Lebensmittelverforgung
für die Zeit vom 29. November bis 5. Dezember 1920.
Ab Freitag wird verkauft
Kristallzucker: Stopfmenge 700 Gramm, das Pfund 3.50 M., gegen die Dezember-Wohnungsmarkte.
Brennschnitz: Markenfrei, kleineres Quantum, das Pfund 3.50 M.
Paraffin: Gegen Entwertung der Wohnungsmarkte 8 der Ausweisart kann jede Familie 2 Stück, das Stück zu 1 M. beziehen.
Butter: Stopfmenge 50 Gramm 1.50 M. gegen die Fettmarkte Nr. 55, nur für die Kunden der Fettverkaufsstellen Dornberg und Dornberg Markt.
Dffenburg, den 1. Dezember 1920.
Stadt, Lebensmittelamt.

Das Mauern in den Wintermonaten betr.
Eine Einstellung des Mauerns während der kälteren Jahreszeit aufgrund des § 58 der städtischen Bauordnung ist für diesen Winter mit Rücksicht auf die besondere Zeitlage, den allgemeinen Wunsch nach weitestgehender Beschäftigung von Arbeitkräften sowie die Dringlichkeit der Bauausführungen nicht beabsichtigt. Es wird jedoch auf die Gefahren, die das Mauern bei einsetzendem Frost zur Folge haben kann, hiernun ausdrücklich und mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß das Mauern in der kälteren Jahreszeit auf eigene Gefahr des Bauenden gestattet und eine Befreiung des durch Frost etwa schadhaft gewordenen Mauerwerks vorbehalten bleibt. Zur Einhaltung von Schnee ist dem Wirtel ein Zufuß betamischen, der das Einfrieren verhindert und Abbinden ermöglicht. Das frisch erhaltene Mauerwerk ist durch Abdeckung, Fundamentmauerwerk durch Erdabdeckung oder dergl. genügend gegen Frost zu schützen.
Karlsruhe, den 28. November 1920.
3217
Badisches Bezirksamt. O. B. 310

Maul- und Klauenende betr.
Nachdem in der Gemeinde Eröd die Maul- und Klauenende ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
A. Sperrbezirk.
Das verfeuchte Gebiet des Rorl Ortsteils einschließlich Gildotrohe bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 181 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz.
B. Beobachtungsgebiet.
Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 185 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz, bestehend aus dem übrigen Teil der Gemeinde, gebildet.

C. 15 km Umkreis.
In dem Umkreis von 15 km vom Seuchenort Eröd entfernt (§ 188 der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Lantenloch, Buchen, Gengenstein, Friedrichsdorf, Graben, Dapsfeld, Hochstätten, Leopoldshausen, Niedersheim, Linsenheim, Aufheim, Staffort, Teuschneureut und Karlsruhe-Nordheim. 3215
O. B. 311
Karlsruhe, den 29. November 1920.
Badisches Bezirksamt.

Maul- und Klauenende betr.
Nachdem in der Gemeinde Niedersheim die Maul- und Klauenende ausgebrochen ist, werden nachfolgende Anordnungen getroffen:
A. Sperrbezirk.
Das verfeuchte Gebiet des Wilhelm Heinrich Wäcker bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 181 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz.
B. Beobachtungsgebiet.
Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 185 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz, bestehend aus dem übrigen Teil der Gemeinde, gebildet.

C. 15 km Umkreis.
In dem Umkreis von 15 km vom Seuchenort Niedersheim entfernt (§ 188 der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz) fallen folgende Gemeinden: Linsenheim, Aufheim, Eröd, Staffort, Teuschneureut und Welschneureut. 3219
O. B. 312
Karlsruhe, den 29. November 1920.
Bad. Bezirksamt 11

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Die Erhebung von Gebühren für die Benützung von Straßengelen für die Aufstellung von Baumgännen und Ländergeländen betr.
Die durch Stadtratsbeschluss vom 29. Februar 1912 für die Aufstellung von Baumgännen für jeden über die vom Bezirksamt bestimmte Zeit hinaus in Anspruch genommenen Quadratmeter Straßengelen und die Aufstellung von Ländergeländen bei einer Dauer von mehr als 2 Wochen für den Frontmeter festgesetzte Gebühr von wöchentlich je 10 M. wird aufgrund des § 75 der Städteordnung mit sofortiger Wirkung auf je 50 M. erhöht. 3211
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Stadtrat.

Tägl. 25 M. zu verdienen.
bis 28 M. Näh. im Groß-
Job. S. Schulz, Adressen-
verlag, Köln 573. 6688

Anzüge!
Heberzie'er, Hfner, D.
u. S. Stiefel, all in gr.
Anst. Led. Mantel für
Ehauß, hand. schwarz-
seid. Hochzeitskleid, sch.
Kt., einige Kostüme und
Säusen, verschied. Pelze
billig zu verkaufen. 6687
Effenweinstr. 32, II
bei Ugelrad.

Große Puppe
billig zu verkaufen.
Gerbinnsstr. 3, 4. Stof.

Geor. Defen
aller Art billig z. verkauf.
Sommerstr. 30a. 6698

Chailonnes
neue, von 280 M. an.
H. Köhler, Schöngestr. 25

Wärmer find's die er-
schred. Kinder u. Er-
wachs. die de. Säfte und
rote Baden heilen. Tod
den Schmarok u. Blutigang.
durch Sautas-Burntce.
Der reinigt Darm u. Ma-
gen, vertreibt Spul- und
Rabenwürmer und stellt
Wohlbedinden her. 3 Pat.
6 Kart. Sautasverlag
Heidelberg 56.

Für Vereine Tanzlehrer

empfehle unübertragbare Tanzkontrollen, Tombola-Lose, Koffillan-Orden, Eintritts-Karten, Diplome etc.

Bernhard Müller, Papierhandlung, Kaiserstr. 235, Telefon 5366.

Daniels Konfektions-Haus, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe.

Felze, Muffe, Püsch-Garnituren, Astrachan-Mäntel, Flauschmäntel, staunend billig.

Wiederverkäufer gesucht zum Verkauf von Simonsenmänteln und Apfelmohr. Anfragen unter M. G. 2163 an Rudolf Woffe, München. 3117.

Kragen

-Wäscherei Schorpp liefert schnellstens Annahmestellen: Karlsruhe: Bernhardtstraße 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15, Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastraße 13, Schillerstraße 18, Kaiserpalast 37, Gabelbergerstr. 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstr. 15.

Prima Speiseöl pro Liter Mk. 26.-, Reines Schweinefett pro Pfd. Mk. 22.-, Rein-Bienenhonig pro Pfd. Mk. 22.-, Weißer Gries pro Pfd. Mk. 5.-, Kramer, Jähringerstr. 1.

Palast-Theater, Moderne Lichtspielbühne, Herrenstr. 11, Telefon 2502. Ab Heute! Der vielbesprochene Ausstattungsfilm Das Fest der schwarzen Tulpe. Monumentalfilm in 7 Akten von Maria Luise Droop, der bekannten Verfasserin des Filmromans Die Lieblingsfrau des Maharadscha. Hauptrollen: Carl de Vogt, Meinhardt Maur, Helga Hall, W. Diegelmann. Wochentags: 4, 6 u. 8 Uhr. Sonntags: 3, 5, 7 u. 9 Uhr.

Niedrige Preise

für

STOFFE

Blusenstoffe, gestreift Meter 12.75, Hauskleiderstoffe, gestreift 19.75, Damentuch, Halbwolle, vorzügl. Ware 28.50, Mantelstoffe, ca. 130 cm schwere Ware 45.-, Kammgarn-Cheviot ca. 140 cm reine Wolle Mtr. 78.50, Herrenstoffe, ca. 140 cm griffige Ware Meter 42.-, Herrenstoffe, ca. 145 cm marine u. schwarz Mtr. 48.-, Herrenstoffe, ca. 140 cm reine Wolle Mtr. 90.-, Baumw.-Mousseline, ca. 80 cm 14.50, Kleider-Woll-Voile, bedruckt 19.75, Voll-Voile, weiss, ca. 115 cm 26.50

Wäschetuch, ca. 90 cm, gute Qualität Meter 14.50, Hemdenflanell, gestreift, gute Ware 80 cm 15.75, Blusenflanell, hübsche Streifen, 80 cm 16.75, Flanell, weiss u. farbig, f. Unterkleider 14.50, Kleider-Velours, gemustert, ca. 80 cm 14.75, Rohkörper, ca. 15/80 cm, geräut 14.50, Rauhkörper, ca. 80 cm, gebleicht 16.50, Rockflanell, gestreifte schwere Ware 16.75, Bettbarchend, rot und blau 22.50, Frotteerhandtücher, gestreift 8.75, Körper-Futter, ca. 80 cm 14.75

Frotté-Seide ca. 70 cm breit, reine Seide, ca. 60 Farben, für Blusen, Kleider und Dekorationen Meter 22.50

Wasch-Samt ca. 60 cm breit, reine Seide, ca. 60 Farben, für Blusen, Kleider, Dekorationen Meter 28.50

Biber-Bettücher und Schlafdecken 58.50 42.50

TIETZ

Eider-Schlafdecken 68.50 58.50

Karlsruhe.

Alt. Gold, Silber, Platin, zählt stets am höchsten, Wilde, Uhrmacher, Kreuzstraße 10.

Kaufst. Kaufst., Verkauf von Alt- u. Möbel, Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht, Karl Rauch, Dreherstr. 3, Dreherstr. 3.

Sozialdemokrat. Geistesarbeiter (Werbegruppe der Sozialdemokratischen Partei), kommenden Freitag, den 3. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Saal 3 Schrempf (Waldstraße) eine öffentliche Versammlung, hat. Es spricht Herr Professor Kochbach-Karlsruhe über 'Die Not der geistigen Arbeit', Seanie, Lehrer, Angestellte, Kleriker, Künstler, sowie alle sonstigen Kopfarbeiter, erscheint in Massen und protestiert gegen Exorz. Geistesarbeiter betonen sich endlich zur Solidarität, Arbeiter-Abfahrerbund 'Solidarität' Ortsgruppe Karlsruhe, Samstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal 'Gambinohalle' unsere jährliche General-Versammlung statt, wo wir unsere letzten Mitteilungen höchst eingehend mit dem Ergeben, um zahlreiches Erscheinen, Beiträge sind bis spätestens zu Beginn der Versammlung schriftlich einzureichen, Der Ausschuss, NE. Mittwoch, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Schrempf'schen Bierkeller, Beierheimer Allee, Nebungsbühne für den Kinderchor und Kinderreigen zur Weihnachtsfeier. Auch Renanmeldungen können hierzu noch stattfinden.

Zentral-Verband der Angestellten Bezirk Karlsruhe, Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Saal der 'Brauerei Kammerer', Waldhornstr., Mitgliederversammlung, Tages-Ordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen und Bericht über die Tarifverhandlungen in Handel und Industrie, 2. Verschiedenes, 3. Vortrag des Kollegen Reg. Rat Fr. H.: 'Unsere wichtigsten Forderungen an die Sozialgesetzgebung', Im Hinblick auf die wichtige Tagesordnung bitten wir um zahlreiches und wegen der frühen Vollzugsstunde um pünktlichen Besuch, Die Ortsleitung.

Liederhalle Karlsruhe, Samstag, 4. Dez. 1920, abends 7 Uhr, im grossen Saale der Festhalle, KONZERT zur Feier des 78. Stiftungsfestes, Mitwirkende: Olga Blom, Opernsängerin, Stuttgart (Sopran), Christian Dohereiner, Konzertmstr. an der Staatsoper in München (Viola di gamba), Der Männerchor der Liederhalle, Musikal. Leitung und Klavier: Hugo Rabner, Eintrittskarten von 2-6 Mk. sind in der Musikalienhandlung Feitz Müller, Kaiserstrasse, Tel. 388, zu erhalten, Nach dem Konzert Bankett.

Passende Weihnachts-Geschenke preiswert und solide, empfehlen Kofferhaus Geschw. Lämmle Kronenstr. 51, Damentaschen, Reisekoffer, Brieftaschen, Sporttaschen, Aktenmappen, la Stoff-Rucksäcke, Geldscheintaschen, la Wachsuh-Marktaschen, sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel.

Bräut-Kränze, Brautseiler empfiehlt W. Sims Nachf., Kreuzstraße 4, SCHLOSSHOTEL KARLSRUHE, Vornehmstes Haus am Platze, RESTAURANT mit erstklassiger Küche, In der Diele: 5 UHR-TEE, C. WÄLDE.

Verkauf von Gummiüberziefern, Die Stadt-Befeldungsstelle bringt einen Posten guter amerikanischer Gummiüberziefer zum Verkauf, Diese, aus allerbestem Material hergestellten ca. 30 cm hohen Heberische und Lieferbar: mit Vollfüllung, gebräunt, doch gut erhalten, zu Mk. 45.- d. Paar, ganz aus prima Gummi bestehend, fast neu, zu Mk. 100.- d. Paar, Letztere Stiefel eignen sich besonders für alle in nassem oder kaltem Wasser Arbeitende, für Gassen- und Straßenarbeiter, für Jäger, Fischer, Schiffer, wie auch für Lager- und Magazinarbeiter, Die Stiefel mit Vollfüllung sind dagegen für in schlecht beheizbaren Ladengeschäften Tätigen, für Bewohner kalter Barterezumlichkeiten, wie auch für an kalten Füssen Leidende, ganz besonders zu empfehlen, Verkauf an Seidemann in der Stadt, Einsteigungsbaue (gegenüber Festhalle), Einzug: Karlsruherstr., Verkaufzeit von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags, Samstag nur bis 5 Uhr.

Achtung! Billige Weihnachts-Geschenke in Stoff-Resten für Herren- und Damen-Kleider in guten Qualitäten, Leo Gahnmann, Werdorplatz 33.

Welschkorn-Gries, fortwährend abzugeben, Pfund 3.20, Griesmühle Robert Käfel, Forchheim.

Rich. Kittel, Uhren, Gold- u. Silberwaren, Am Stadtgarten 1, Telefon 2540, Edele Killingerstrasse, Hauptbahnhof, Grosse Auswahl in mod. Wanduhren Standuhren, Reparatur-Werkstätte, Baubund-Möbel, Wohnzimmer, Herrenschränke, Schlafzimmer, Küchen-Einrichtungen, in solider Ausführung, den veränderlichen Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst, Badischer Baubund e. m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22, Verkauf gegen bar oder Teilzahlung, Während der beiden letzten Advent-Sonntage sind unsere Ausstellungs-räume von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr geöffnet.

Neuer Apfelwein, aut bereiten, in vorzüglicher Qualität, empfiehlt von 25 Liter an, Heinrich Kay, Kelterei, Leisingstraße 10.

Gänselebern, werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft, G. Meck, geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, II. St.

Gänselebern, werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft, K. Meiser, Kreuzstraße 20, II. St.

Mandolinen Gitarren, und 6170

Santen, lauft fortwährend Weintraub's, M- u. Verkaufsgeschäft, 52 Kronenstr. 52.

Kleider, Schuhe, Möbel, neu u. geb. kaufen Sie am billigsten bei, Glözer, Jähringerstraße 53 a.

Deutsche Teppiche, Diwan-Decken, Bett-Vorlagen, in nur 5764, besten Qualitäten sowie, Künstlermatten, in allen Grössen, empfiehlt zu billigsten Preisen, Teppich-Haus, Carl Kaufmann, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 157.